

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Ziesbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Rachenlofen- u. Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Bager- und Stuckbetrieben, für Apparateur und die Arbeiter im Straßenbau, Hütten-, Eisen-, Ofen-, Stein-, Holz- und Terrazzoarbeiten

Erscheinungswöchentlich Sonnabends, Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund

Berlin SW 68, Friebergstr. 5-6. Fernpr.: 31 7 000/01 7650, 7651, 6240. Postk. Berlin 68232.

Verantwortl. Red.: Gant der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Rentstraße. Geschäftsangelegenheiten nach Tarif durch „Berita“, Berlin SW 11.

### „Die Gewerkschaften sind der Feind!“

Dies hört man heute in allen Tonarten. Immer wieder wird versichert, die Gewerkschaften hätten die deutsche Wirtschaft auf den Hund gebracht. Das behaupten vor allem wider besseres Wissen die Männer der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Demnach jagt es jeder Landjunker, jeder industrielle Scharfmacher, jeder simple Kleinkrauter. Und die Nazis plappern hirnlos diesen blödsinnigen Kohn nach und verkünden mit Gebrüll, im „Dritten Reich“ schlage auch die letzte Stunde der Gewerkschaften. Und wo alles haßt, kann die KPD nicht lieben. Auch sie sieht in den Gewerkschaften den „Hauptfeind“, sie schreibt allfänglich über „Arbeitererrat“ durch die Gewerkschaften. Und sie sucht deren Schlagkraft und Widerstandsfähigkeit zu lähmen, sie fordert zur Zerschlagung der Gewerkschaften auf, preißt in marktschreierischer Weise ihre stets „führende“ KPD — hinter der nichts weiter als kraffloses Pfaffengebimmel steckt — als Hort und Heil an gegen die Lebergriffe des Unternehmertums. So trägt auch die KPD ihr „röthlich“ Teil bei zur Bekämpfung unserer Gewerkschaften ...

Feinde ringsum! Das können heute mit gutem Recht die Gewerkschaften sagen. Alle ihre zahlreichen Widersacher sehen in den Gewerkschaften die Schlüsselstellung der proletarischen Kraft. Klar erkennt unser Scharfmachertum dieses Kraftzentrum zur Verteidigung der gesellschaftlichen Stellung aller Werktätigen. Deshalb dies Kriegsgeschrei. Und da sich die Gewerkschaften mit einem einzigen Federstich nicht hinwegräumen lassen, sucht man ihre Kraft a u s z u h ö h l e n. Dabei gilt in erster Linie der Kampf dem Tarifrecht. Leider ist auch die Reichsregierung bemüht, den Feinden der Gewerkschaften bei ihrem Vordringen gegen den Gewerkschaftsblock in jeder Weise Hilfsleistung zu leisten. Die von uns bereits geschilderten Vorgänge im Baugewerbe erbringen hierfür den schlagendsten Beweis. Doch die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft weiß, worum es geht. Es war gut, daß sich der vereinten Reaktion von Harzburg die einseitige Front der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen gegenübergestellt hat. Aber um so unverminderter ist der Haß der Gegner gegen diesen gewerkschaftlichen Schußwoll.

Wenn man die Scharfmacherblätter durchstöbert, so wird man darin stets einen Aufschuß entdecken, aus dem der Haß und der Vernichtungswille gegen die Gewerkschaften hervorleuchtet. Erst kürzlich lasen wir wieder in der „Bergwerks-Zeitung“ Nr. 279 einen Aufsatz des Kaliindustriellen August Rosterg. Er bemerkte darin zur Rundfunkrede des Reichskanzlers über die Winterhilfe, der Weg, an die Wohltätigkeit des deutschen Volkes zu appellieren, sei nicht der richtige. Nur im Kampfe gegen die Gewerkschaften liege das einzige Mittel, um über alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinwegzukommen. Hier gehe es, wie im Urwald und an der Börse: Auge um Auge, Zahn um Zahn. „Das bisherige System müsse verschwinden. Es gelte, auf nichtparlamentarischem Wege die „ungeheuer lebenswichtige“ Frage zu lösen, die Gewerkschaften aus der Wirtschaft auszuschalten. Nur eine „freie“ deutsche Wirtschaft könne den Arbeitslosen wieder Arbeit und Brot verschaffen. Nur die „freie“ Wirtschaft weise den Weg aus dem Schlammfeld ...

Freie Wirtschaft! Ein verblüffend bescheidendes Wort. Aber unsere Scharfmacher verstehen unter „freier Wirtschaft“ nichts anderes als die vollständige Loslösung von allen natürlichen Bindungen und die Befreiung aller Schutzgesetze gegen die rückwärtslose Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Sie wollen im Betrieb freischalten und walfen. Sie wollen darin unbehindert herrschen. Sie wollen über meinungslose und widerstandsunfähige Klüß geblieben. Ihre eigene Verbändsherrschaft — dargestellt durch Kar-

telle und Krüss — wollen diese Scharfmacher selbstverständlich unumschränkt erhalten wissen. Diese gewissenlosen Demagogen kämpfen in der verlogenen Art für die „wirtschaftliche Freiheit“, weil sie absolut unfähig sind, neue Wege zu weisen. Deshalb ihr Geschimpfe, deshalb das ununterbrochene Vernichtungsgeschrei gegen die Gewerkschaften. Rosterg höhnt sogar: „Unser Schicksal sind lediglich die Gewerkschaften.“ Wären die Gewerkschaften zu Boden gedrückt, dann würde das deutsche Volk sicher an besserer Stelle stehen. Natürlich gibt Rosterg für seine ebenso kühne wie alberne Behauptung keinerlei Begründung. Aber es paßt in den Rahmen seiner Geistesverfassung, wenn er bei dieser Gelegenheit auch den Ausgang der heftigen Wahlen freudig begrüßt. Jamohl: Die große Hoffnung aller wirtschaftlichen und politischen Scharfmacher in Deutschland sind die Nationalsozialisten. Sie sind sogar ihre einzige und letzte Hoffnung. Sie erhoffen das Heil nur noch von einer Katastrophepolitik, die Deutschlands Zukunft ins Bodenlose stürzt. Sie sehen alles auf eine Karte. Sie wollen, daß die Nationalsozialisten in Deutschland ans Ruder kommen, um die republikanische Verfassung — und natürlich auch die Gewerkschaften — zu stürzen. Was dabei politisch und wirtschaftlich herausspringt — damit belassen sie ihre am Ende des Lateins angelangten Hirnkästchen nicht. Sie wollen: anders, wenn auch nicht Besser. Sie verfluchen gleich den Nazis die „Judenrepublik“. Und Rosterg versteigt sich dabei sogar zu der Faelei, daß durch die „Bevorzugung einer einzigen Klasse“ unser Volk zugrunde gehe. „Bei Aufstellung der Verfassung war sicher nicht beabsichtigt, eine einzelne Volksschicht zum Nachteil des gesamten Volkskörpers zu bevorzugen.“

Ueber einen solchen hirnlosen Anspruch dürfen sogar die Hühner lachen. Mit Ertaunen vernimmt man, die Gewerkschaften gehörten im heutigen Deutschland zur „bevorzugten Klasse“. Ausgerechnet die Gewerkschaften, die in jeder Weise bekämpft und die wahrhaftig auch von der Reichsregierung nicht mit irgendwelchen Liebeshändlichkeiten bedacht werden! Aber solche Behauptungen sollen ja nur die Spießbürger gruselig machen und sie gegen die arbeitende Klasse aufpuffen!

Mit allen Mitteln der Rabulistik ist man bemüht, alle reaktionären Kräfte gegen die Gewerkschaften zu mobilisieren. Aber aus solchen Vorkommnissen die rechte Lehre zu ziehen, dürfte für jeden halbwegs vernünftig denkenden Arbeiter und Angestellten nicht schwer sein. Wenn alle sich gegen die Gewerkschaften verschworen hat, wenn vor allem gegen sie die geschworenen Feinde der Arbeiterschaft mit allen Mitteln der Demagogie und Tatsachenfälschung rücksichtslos anrennen, dann dürfte wohl der Zweck der Gewerkschaften ein unendlich wertvoller für die Arbeiterschaft sein. Deshalb haben die Arbeiter aus solchen wütenden Angriffen auf die Gewerkschaften nur die eine Lehre zu ziehen: Sie müssen sich restlos um ihre Gewerkschaften scharen. Was so beschimpft und gelästert wird, das muß unter allen Umständen einen guten Kern haben. Und dieser Kampf der geeinten Reaktion und einer gleichfalls reaktionär wirkenden, sich „revolutionär“ nennenden Partei gegen die Gewerkschaften ist nichts weiter als ein Symptom unserer zerfahrenen Zeit. Damit steht heute alles auf des Messers Schneide. Aber dieser Zustand sollte die Arbeiter und Angestellten ermutigen, mit dem gleichen Eifer, aber auch mit dem gleichen Haß gegen ihre Gegner zu kämpfen!

### Die Bauunternehmer auf dem Kriegspfad.

Als zwischen den baugewerblichen Spitzenorganisationen Streitigkeiten entstanden waren aus der Weigerung des Reichsarbeitsministeriums, die derzeitigen Tarifverträge für verbindlich zu erklären, betonten die Synodiz der Unternehmer, sie würden alle ihre juristischen Kenntnisse einsehen, um den Unternehmern die Wege zu ebnen, daß sie sich der Zahlung von Tariflöhnen entziehen könnten. Es sei nicht angängig, daß nur die tarifgebundenen Unternehmer gezwungen würden, Tariflöhne zu zahlen, während alle anderen Bauunternehmer davon entbunden seien.

Es war leicht ersichtlich, welche Wege zu gehen die Synodiz ihren Prolegomen anraten würden. Es war sogar anzunehmen, daß die Unternehmer im Ratfalle zur gewollten Tarifunfähigkeit leicht schreiben würden. So versuchte man in verschiedenen Bezirken Innungen aufzuziehen, um die aus dem Unternehmerverband ausscheidenden Unternehmer in den Innungen zusammenzubringen. In solchen Innungsbildungen wird auch heute noch in verschiedenen Gegenden gebastelt. Ja, man geht sogar dazu über, die Unternehmerorganisationen ganzer Bezirke aufzulösen. Ein solcher Versuch ist im Freistaat Sachsen gemacht worden. Dort hat der Bauarbeiterverband Mittelsachsen, Eiß Döbeln, seine Mitgliedschaft beim Bezirks-Arbeitgeberverband für das Baugewerbe im Freistaat Sachsen zum 31. Dezember 1931 form- und fristgerecht aufgekündigt. In einem Schreiben an den Bauunternehmerverband wird gesagt, der Hauptgrund hierfür sei, daß „wir es unseren Mitgliedern nicht länger zumuten konnten. Tariflöhne zu zahlen, während allenthalben in unserem Verbandsgebiet von Außenstehenden ganz wesentlich niedrigere Löhne gezahlt wurden“. In dem Schreiben wurde auch angefragt, ob etwa mit den Baugewerkschaften eigene Lohnkardexen vereinbart seien oder ob innerhalb des Mitgliedsbereiches der Unternehmer vereinbart sei, bestimmte Löhne zu zahlen oder ob man den Mitgliedern „vollständig freie Hand bei der Festlegung der Löhne für den Arbeitnehmer gelassen hat“. In diesem Bezirk sucht man also vorzubeugen, weil man „hier noch nicht im klaren

darüber war, welche Maßnahmen für die Zeit ab 1. Januar 1932 getroffen werden sollten“.

Der Versuch im Freistaat Sachsen ist in einem anderen Bezirk bereits Tatsache geworden, selbstverständlich im Thüringen. Der ostthüringische Unternehmerverband hat sich aufgelöst. Er teilte dies unserer Bezirksleitung Erfurt schriftlich in folgender Weise mit: „Hierdurch teilen wir Ihnen mit, daß sich der Ostthüringische Bezirks-Arbeitgeberverband am 30. November 1931 in einer ordnungsmäßig eingeladenen Hauptversammlung aufgelöst hat. Damit hat die gemeinschaftliche tarifpolitische Arbeit ihr Ende gefunden. Etwaige Tariffragen sind in Zukunft örtlich zu regeln“. Es werden dann noch Adressen angegeben für Oera, Orlitz und Altenburg, an die man sich wegen weiterer tarifpolitischer Behandlung der Lohn- und Arbeitsfragen zu wenden habe.

Diese Vorgänge zeigen, daß sich das Unternehmertum nicht scheut, sogar seine Organisationsform aufzulösen in dem einzigen löblichen Zweck, sich um die Zahlung tariflich festgelegter Löhne zu drücken. Genau betrachtet, ist dies nichts absolut Neues. Zu ähnlichen Maßnahmen haben die baugewerblichen Unternehmer schon in früheren Jahren gegriffen, nämlich in den Zeiten, wo die Konjunkturerhältnisse ungünstig lagen. In diesen Fällen hätten unsere Kollegen, wo sie durch solche Maßnahmen frei waren, noch ganz anders vorgehen können, als es wirklich geschehen ist. Wenn in solchen Fällen der Druck der Tariffrage die Bauarbeiter immer wieder auf die solide Bahn der Vernunft gebracht hat, dann können wir dies heute mit ganz besonderer Verneuerung feststellen. Das man dagegen bei den Unternehmern kein Verständnis für Treu und Glauben aufbringt, das beweisen die vorn geschilderten Ergebnisse. Allerdings hatten wir nicht vorausgesehen, daß von den Unternehmern bei solchen Kämpfen auch die einfachsten Regeln des Anstands nicht beachtet werden. Es war ein Fehler, die Unternehmer für so anfänglich zu halten, wie die baugewerblichen Arbeiterorganisationen selbst sind. Diese hatten bisher immer darauf geachtet, gegebene Zu-

lagen und Unterschriften unbedingt zu achten. Diese Wohlantfänglichkeit haben heute die Bauunternehmer schmählich in sich zurückgeworfen. Es wäre nun abzuwarten, was man auf jener Seite weiter vorhat. Die Abwehrmaßnahmen auch auf rein rechtlicher Seite werden getroffen werden müssen. Man kann die Unternehmer unmöglich für so naiv halten,

daß sie die rechtlichen Voraussetzungen ihres Handelns nicht erkennen. Wenn sie trotzdem entgegen besserer juristischer Einsicht gegen bestehende Gesetze handeln, dann dürfen sie sich nicht wundern, wenn alle darangeht, um das Recht bis zur letzten Formalität auch für die Arbeiterklasse in Anspruch zu nehmen!

### Gegen den Nationalkommunismus!

Der Mitarbeiter und Kampfschlichter Lenins, der von Stalin verbannte Schöpfer der roten Armee, des Trotzkis, der Mann der „permanenten Revolution“, steht in einer feindlichen Beziehung mit dem Titel: „Gegen den Nationalkommunismus“, die für 15. J. in den Partei- und Volkskongressen zu haben ist (Verlag u. Vertriebsstelle, Berlin-Weißhof, Grenzdamm 22/23), an dem Beispiel des „roten Volkenscheids“ das Fazit der Politik der kommunistischen Partei Deutschlands. Er kommt zu einem für die SPD. zurecht vernehmlichen Urteil. — Nachstehend geben wir Trotski das Wort.

In der KPD. wird alles auf den Kopf gestellt. Ihre Fehler in der Frage des Volkenscheids gehören zu jenen Fehlern, die in die Lehren der revolutionären Strategie eingehen als Mutter dafür, was man nicht tun darf. An dem Verhalten des Zentralkomitees der KPD. ist alles fehlerhaft; falsch die Einschätzung der Situation, falsch das nächste Ziel gestellt, falsch die Wahl der Mittel zu seiner Erreichung. Die Parteileitung hat es verstanden, alle jene Prinzipien anzufassen, die sie während der letzten Jahre geprägt hat. Die Stalinisten, die Thälmannen haben eine Einheitsfront mit den Faschisten gegen die Sozialdemokratie geschaffen. Es ist aber nur eine „Einheitsfront von oben“, in die die Stalinische Bürokratie die revolutionären Arbeiter mit den Nationalsozialisten gegen die Sozialdemokratie hineingezerrt hat. Selbst wenn es richtig ist, daß die Regierung Brüning ein großes Stück Arbeit für den Faschismus geleistet hat, so haben wir dennoch keine Veranlassung, den Faschisten zu helfen, die Stelle Brüning-Brauns einzunehmen. Unsere Aufgabe kann am allerwenigsten darin bestehen, dem Faschismus den Weg abzukürzen. Kein proletarischer Schädling wird es begreifen, daß die Beteiligung am Volkenscheid Schulter an Schulter mit den Faschisten gegen Sozialdemokratie und Zentrum die Anwendung der Einheitsfront-Politik ist; denn unter Politik der Einheitsfront ist nicht gemeint das Zutreten mit jenen Arbeitern zu verstehen, die der Sozialdemokratie den Rücken gekehrt haben, sondern mit jenen, die in ihren Reihen verbleiben.

Thälmann, dieser einstmals revolutionäre Arbeiter, der in seiner Rede am 24. Juli die Schwankung in der Volkenscheidfrage ernstlich zu begründen versuchte, unterschätzte völlig das Kräfteverhältnis. Er ist lediglich mit allen Kräften bestrebt, nicht hinter dem Grafen Stenbock-Fermohr zurückzutreten; deshalb hat er in der Frage des Volkenscheids eine Schwankung von 180 Grad gemacht. Diese Schwankung war nur möglich, weil Thälmann kein Marxist ist, sondern weil für ihn jede Empfehlung „von oben“ als Befehl gilt. Reinstes Abenteurertum ist es, auf die Straße zu gehen mit der Parole „Nieder mit der Regierung Brüning-Braun“, wenn nach dem Kräfteverhältnis diese nur die Regierung Hugenberg-Fitler ablösen kann. Gleichsam mit gelassenen Achtern sind die Berliner Schüler des Lehrers Stalin in die neue politische Linie hineingefahren. In der Hoffnung, die revolutionären Arbeiter würden es nicht merken. Aber sie haben es gemerkt. Hunderttausende und Millionen Arbeiter lehnen die Idee des „roten Volkenscheids“ ab. Das war der Lohn für die Verbrennen der zentralistischen KPD.-Bürokratie, die sich dem Klassenfeind anpaßt, dafür die eigene Partei fest an der Wurzel hält. Die Sozialdemokratie hat heute eine viel stärkere Widerstandskraft als 1923. Das liegt nicht zuletzt daran, daß Thälmann rein chauvinistischen Tendenzen Eingang in die kommunistische Partei verschafft hat. Statt proletarischer Revolution will er Volksrevolution! Dasselbe wollen auch die weißgardistischen und Schwarzhundert-Offiziere (Scheringer, Graf Stenbock-Fermohr u. a.), die sich in den letzten Monaten der KPD. wandelten. Karl Liebknecht ist von Thälmann durch Scheringer ersetzt worden!

Die gleiche Anpassung an den Gegner auch hinsichtlich der Waffen! Die deutschen Kommunisten wollten den Volkenscheid der Faschisten zu einem roten machen, fassen also die Waffen aus dem Arsenal des Gegners. Das ist nicht revolutionär! Leberhaupt: wer den Kopf vor jedem Befehl von oben gehorcht beugt, ist als revolutionärer Kämpfer unbrauchbar. Auf Befehl aber haben sich wiederholt die jeweiligen „Führer“ der Kommunisten von dem losgelöst, was sie gefasert beschworen hatten und piffen mit zwei Fingern im Munde jeden in Ungnade gefallenen Vorgesetzten aus, den sie gefasert auf Händen trugen. Im Regime Stalin wird die revolutionäre Männlichkeit kastriert, das theoretische Bewußtsein verwirrt und das Rückgrat gebrochen. Heute besteht das Programm der kommunistischen Partei aus Revanchegedanken von Welfe Scheringers und des Grafen Stenbock-Fermohr. Dies kam in der kommunistischen „Janfars“ vom 1. August am deutlichsten zum Ausdruck, wo neben einem Parteiprogramm zum apostrophischen Volkstagen abgedruckt war. Darin steht wörtlich: „Die Sache der roten des Weltkrieges, die ihr Leben für ein freies Deutschland gelassen haben, vertritt jeder, der gegen die Volkserlösung, gegen den revolutionären Befreiungskrieg auftritt.“ Also Revanchekrieg mit dem Welfen ist heute das Ziel der KPD.! Das alles wird mit dem Namen von Liebknecht und Lenin gedeckt. Welch lange Peitsche würde Lenin in die Hand nehmen, um mit einem solchen Kommunismus polemisch abzuschreiben. So sehr wie die KPD.-Bürokratie auf die Phrasologie des kleinbürgerlichen Nationalismus horcht, ebenso ignoriert die KPD. die wirklichen Stimmungen der Arbeiter, die keinen Krieg wollen, die ihn nicht wollen können und die abgestoßen werden von der kriegerischen Präbiter der neuen Firma: Thälmann-Scheringer-Graf Stenbock-Fermohr-Felz-Resmann & Co. Der „rote Volkenscheid“ ermußt aus der weit zurückliegenden ideologischen Entartung der Partei; er war das höchste Abenteuer, das man sich vorstellen kann.

Am Tage nach dem Volkenscheid fand sich die Partei bebend und schwach als sagt zuvor. Einen besseren Dienst konnte man dem befehlen und dem Volkskommunismus nicht erweisen. Mit Hilfe der preussischen Volksabstimmung wollten die Nationalsozialisten das ergebnislose staatliche Gleichgewicht zerrüttern, um die schwankenden Schichten der Bourgeoisie zu zwingen, sie — die Faschisten — zu unterstützen bei dem Blutgericht über die Arbeiterschaft. Den Faschisten dabei zu helfen, ist die größte Dummheit. „Darm

sind wir gegen die faschistische Volksabstimmung“, so hätte Thälmann sprechen müssen, wenn ihn nur ein körniges marxistisches Gewissen geblieben wäre. Aufgabe unserer Strategie im gegenwärtigen Moment ist, unsern Feinden die Fortdauer der Entscheidung zu erschweren und nicht zu erleichtern. Und weiter hätte Thälmann sprechen müssen: „Wenn die Faschisten einen Zustand verfolgen, dann werden wir Kommunisten bis zum letzten Blutstropfen gegen ihn kämpfen, nicht um Braun-Beimung zu verhindern, sondern um zu zeigen die Mäße des Proletariats vor Ausbeutung und Erdrosselung, die Arbeiterorganisationen, die Arbeiterpresse, nicht nur die kommunistische, sondern auch eure, die sozialdemokratische. Die Sozialdemokraten Faschisten zu nennen, das ist selbstverständlich eine Dummheit, die uns selber in jedem kritischen Moment verwirrt und uns löst, den Weg zu den sozialdemokratischen Arbeitern zu finden. Wir können nicht anders an die Macht kommen, als alle Elemente der Arbeiterdemokratie im kapitalistischen Staate zu schützen,

### Der „legale“ Hitler.



Spiegeln, Spiegeln an der Wand, wer ist der Legalste im ganzen Land?

nötigenfalls mit der Waffe in der Hand.“ So hätte Thälmann antworten müssen, wenn er ein Marxist wäre! Aber er ist kein Marxist. Ohne Überlegung, ohne Frage, ohne Zweifel, ja sogar ohne einen sorgenvollen Ausdruck in den Augen akzeptiert Thälmann jeden neuen Wochsprung der gottgewollten Führer. Monatelang haben die deutschen Kommunisten dagegen gekämpft, die Initiative zum Volkenscheid zu ergreifen, aber pöflich am 24. Juli haben sie vor ihm niedergekniet. Den Arbeitern etwas vorzulegen, ihnen Sendungen in die Augen streuen, ist für diese Menschen ganz in der Ordnung.

Wie man sieht, vertritt Trotski die gleichen Auffassungen, die wir beim preussischen Volkenscheid vertreten haben. Was vom „roten Volkenscheid“ in Preußen galt, gilt auch für den kommenden von Nazis und Reichsnationalen unterstützten „roten Volkenscheid“ in Sachsen.

### Wie bekämpft man die Arbeitslosigkeit?

In früheren Jahrhunderten waren außer dem Krieg auch verheerende Krankheiten die Geißel der Menschheit. Pocken, Cholera und Pest wütheten oftmals in unheimlicher Weise. Da gab es dann viel schlimme Leute, die behaupteten, diese Seuchen seien durch Hegen verschuldet. Dafür mußten diese Hegen bestraft werden. Und so wurden dann arme unschuldige Frauen als Feinde der Menschheit zu Laufenden verbrannt oder gefesselt. Aber das half nichts, die Seuchen gingen trotzdem nicht zurück. Sie nahmen erst ab, als die Menschen einsehen, daß es mit der Hegenverbrennung nicht getan sei und daß man die Krankheiten selbst bekämpfen mußte.

Heute ist die internationale Arbeitslosigkeit die moderne Krankheit in der kapitalistischen Weltwirtschaft. Auch für diese Krankheit möchte man allerlei Zauberer und Hegen verantwortlich machen. Warum gehen die Geschäfte so schlecht? Warum stockt Produktion und Umsatz? Das kommt daher, weil die Geschäftswelt nicht soviel Waren absetzen kann als sie verkaufen möchte. Aber warum setzt denn die Geschäftswelt nicht soviel Waren ab, als sie verkaufen möchte? Nun ja, weil ihr das Publikum nicht genügend abnimmt. Ja, aber warum kaufen denn die Leute nicht genug? Nun, weil sie eben nicht kaufen können! Und warum können denn die Leute nicht kaufen? Well es ihnen an Kaufkraft fehlt!

Die Kaufkraft besteht in der heutigen Wirtschaft in Geldbesitz und Kredit. Geldbesitz oder Kredit fallen aber nicht vom Himmel, sie wachsen auch nicht an Bäumen oder Sträuchern. Wer nicht ein geborener Millionär ist, bel dem

steht Geldbesitz oder Kredit aus seiner Arbeit, aus Gehältern und Löhnen. Demnach bewegen wir uns in einem gefährlichen Kreis. Die Beschäftigungslosigkeit kommt aus mangelndem Umsatz. Der mangelnde Umsatz kommt aus ungenügender Kaufkraft. Und die ungenügende Kaufkraft kommt wieder aus ungenügender Beschäftigung. Folglich kommt zum Schluß die Arbeitslosigkeit von der Arbeitslosigkeit ab. Das ist eine nette Theorie. Ein wenig nachdenken hilft uns allerdings aus der Klemme.

Geldbesitz und Wohlstand sind nicht gleichbedeutende Dinge. Geld ist nur ein symbolischer Wohlstand, die Hauptaufgabe des Geldes ist, als Mittel für den Warenaustausch zu dienen. Wohlstand aber umfaßt alle jene Dinge, von denen die Leute wünschen, daß man sie ihnen durch Industrie und Handel darbietet. Der moderne Weg der Wohlstandsverteilung geht also über die Arbeitslosigkeit hinweg. Die Wohlstandsverteilung geht also über die Arbeitslosigkeit hinweg. Die Wohlstandsverteilung geht also über die Arbeitslosigkeit hinweg. Die Wohlstandsverteilung geht also über die Arbeitslosigkeit hinweg.

Die Erzeugung und Verteilung der Waren bedingt demnach die Schaffung und die richtige Verteilung der Kaufkraft. Zwei Wege gibt es, durch die man die Kaufkraft schaffen und verteilen kann. Entweder hilft man die Preise so niedrig als möglich, und zwar nicht aus Konkurrenzzwang, sondern um zum Kauf anzuregen. Das wäre der eine Weg. Der andere Weg wäre der, daß gleichbleibenden Preisen die Gehälter und Löhne so zu steigern, daß eine vernünftige und ausgleichende Warenverteilung möglich ist. Das wäre gesunde Wirtschaftspolitik.

In letzter Zeit hat man vielfach die rationalisierte Massenproduktion für die Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht. Wir können aber das Problem der Arbeitslosigkeit nicht dadurch lösen, daß wir zu veralteten, unbrauchbaren und längst überholten Methoden zurückkehren. Die Lösung liegt darin, daß wir zu einer möglichst wirksamen Verteilung der Kaufkraft kommen müssen, die es gestattet, die Waren, die verkauft werden sollen, auch abzusetzen. Dadurch wird dem Publikum ermöglicht, die Waren zu kaufen, die es kaufen will. Natürlich kommt es dabei in starkem Maße auf die Preise an. Niedrige Preise sind geeignet, die Kaufkraft anzuregen und durch diese Kaufkraftanregung die Produktion zu so fördern, daß kein billiger Arbeiter arbeitslos so sein braucht. Man mache einmal den Versuch! Wenn jeder Produzent und Geschäftsmann bestrebt, seine Waren zu niedrigen Preisen zu verkaufen, so niedrig im Preise zu halten, daß der Konsument sich selbst bei den heutigen schlechten Zeiten kaufen könnte, dann käme man jedenfalls ein Stück weiter. Und der Konsument selbst könnte auch seinen Teil zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen, indem er die Gelegenheit benützt, und zu dem ihm gebotenen niedrigen Preise einkauft.

Da wartet man nun täglich auf ein Wunder, wodurch der Arbeitslosigkeit auf den Leib gerückt werden könnte. Unzählige Aufsätze werden geschrieben und unzählige Vorträge gehalten. Aber wie man im Mittelalter einer Seuche nicht auf den Leib rücken konnte, indem man Hegen verbrannte, kann man heute nicht der Arbeitslosigkeit zu Leibe gehen, indem man Arbeiter verbrannt, verprügelt oder den „richtigen Mittel, sie liegen nach den vorangegangenen kurzen Zeilen klar zutage. Entweder Erhöhung der Löhne oder Herabsetzen der Preise! Aber das verbindet ja wohl das egoistische und kurzfristige Profitinteresse des Kapitalismus und die auf den Privatkapitalismus eingeschworenen Regierungen der kapitalistischen Länder. Da wird man halt doch auf das „Wunder“ warten müssen und weiterwurseln...

### Reichsarbeitsminister Dr. h. c. Stegerwald.

Man sieht zu Zeit sehr schön den alten Herrn. Leider können wir uns in diesem Fall nicht die Goethe-Worte zu eigen machen. Zwar haben die Reden Stegerwalds auch einen Wert, geben sie doch die Möglichkeit, vor Zeit zu Zeit erkennen zu können, um wieviel größer wiederum der Abstand zwischen Theorie und Praxis, zwischen guten Worten und keineswegs guten Taten Stegerwalds geworden ist. Wir hatten schon oftmals Gelegenheit, die Distanz zu messen; sie ist immer größer geworden.

Am 27. November sprach Minister Stegerwald in einer Berliner Zentrumsversammlung wiederum zum Teil schöne Worte. Wir befürchten, daß es bei schönen Worten bleibt. Stegerwald sprach über die wirtschafts- und sozialpolitische Lage und begründete seine Ausführungen in drei Leitsätzen. Erstens: Von der Lohnfrage ist allein ist die deutsche Wirtschaft bestimmt nicht zur Gesundung zu bringen. Zweitens: Der staatliche Lohnschutz kann während der größten Krisis eines Jahrhunderts den Arbeitern nicht verweigert werden. Drittens: Die Arbeiter müssen sich selbst helfen und das Leistungsvermögen einer kranken Wirtschaft wiederherstellen. Drittens: Die gesellschaftliche Sozialversicherung kann mit den gegenwärtigen Leistungen, die während einer Gehelbnüte festgestellt wurden, und wofür die erwarteten Einnahmen ausgeben sind, nicht über die gewaltige Krisis der Gegenwart hinweggerettet werden. — Die Forderungen der Unternehmer auf Verringerung des staatlichen Lohnschutzes bezeichnete Stegerwald als „zur Stunde völlig unpolitisch, ja profan“. Politische Unruhen großen Stils und Kleintrieb in den einzelnen Betrieben wären die politisch und wirtschaftlich gleich verheerenden Folgen. Nicht minder falsch aber sei die Auffassung und der Glaube, daß in einer kranken Wirtschaft die Lohnhöhe beliebig durch Schließgespräche von Staats wegen bestimmt werden könne. Und dann sprach Stegerwald — wofür gleichmäßig mit erhobener Stimme — diese Worte: Mit Schließgesprächen und Verschuldungs-erklärungen ist keine Rentabilität der Betriebe zu erzielen. Ein gewisser Lohnschutz ist in den nächsten Jahren sowohl aus politischen als auch aus sozialen Gründen in Deutschland eine absolute Staatsnotwendigkeit. Die Handhabung der Verbindlichkeitsverpflichtungswaffe in den nächsten Jahren werde neben der Außenpolitik eine der schwersten staatspolitischen Aufgaben sein. Die Reichsregierung will aus guten Gründen den kollektiven Arbeitsvertrag erhalten wissen, ebenso die Sozialversicherung in allen ihren Zweigen. Da aber eine Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung gegenwärtig nicht möglich ist und auch die Erhöhung des Reichszuschusses kaum möglich ist, gebe es keinen anderen Ausweg als organisatorische Vereinfachung und Verbilligung und vorübergehende Leistungskürzung. Wer diesen Weg

nicht mitgehen will, zerfällt in ganz kurzer Zeit insbesondere die Unfallversicherung und die Invalidenversicherung. Das ist die nackte Wahrheit, alles andere ist Illusion. ... So lange ich Arbeitsminister bin, wird die Sozialversicherung nicht zerfallen. ... So schloß Stegerwald seine Rede. Alles andere siehe nächste Notverordnung.

Soweit sich die Ausführungen Stegerwalds auf Gegenwartsfragen beziehen, sind es nicht einmal seltene Worte. Man kann ihren Wert an den Wirklichkeiten, Stegerwald würde sagen Realitäten, ermaßen. In ihrem Kern laufen sie darauf hinaus: Nicht ist gut, aber er muß abgebaut werden. Was dann übrig bleibt, ist ja schließlich auch noch Lohn. Man frage aber nicht was für eine und was sich mit diesem Lohn anfangen läßt. Aber auf Realitäten muß Rücksicht genommen werden, wenn auch die Rücksicht darunter leidet. Sozialversicherung ist auch gut, aber die Rücksicht darunter leidet. ...

Auch diese Rede Stegerwalds ist nur Wortgeklingel. Es kann nicht die Aufgabe werden, daß unter der Ägide Stegerwald das Reichsarbeitsministerium, was die Sicherung der Tariflöhne anbelangt, ein Unternehmensministerium geworden ist.

**Aus dem Wohnungsausschuß des Reichstags.**

Der Wohnungsausschuß des Reichstags schloß seine Beratungen über Anträge über eine stärkere Förderung des Wohnungsbauwesens, über ein soziales Wohn- und Mietrecht und über ein Wohnheimleistungsgesetz fort. Die Reichsregierung hat inzwischen einen Referentenentwurf für ein Reichswohnungsgesetz veröffentlicht, das geeignet ist, die Gemeinden in erheblichem Maße vor einer wucherischen Bodenpolitik der Privatbesitzer zu schützen und eine orientliche Planung und Bauaufsichtsführung zu ermöglichen. ...

Zu dem Regierungsentwurf werden wir später Stellung nehmen. Zunächst ist der Entwurf an die Länderregierungen gegangen, um deren Auffassungen einzufloßen. Eigentlich müßte schon bei Fertigstellung des Aufstellungsplanes für Siedlungen eine geordnete Landesplanung vorliegen. ...

Der Reichstagsrat hat bei Abschluß der Beratungen des Wirtschaftsausschußes in seiner Erklärung auch zu der Hauszinssteuer und zur Wohnungszwangswirtschaft Stellung genommen. Der Wohnungsausschuß hat nach Bekanntgabe dieser Erklärung an die Reichsregierung die Frage gerichtet, welche Absichten die Reichsregierung in der kommenden Notverordnung verwirklichen wolle. ...

Daß für die Bauarbeiter und die Mieter das Schlimmste zu erwarten steht, geht außer der bekannten privatrechtlichen Einstellung der Reichsregierung und ihrer Zurückhaltung zu den Hausbesitzern aus einem Rundschreiben der Wohnungspartei an ihre Parteifunktionäre hervor, wonach die Reichsregierung in der Frage der Befreiung der Hauszinssteuer und der Sicherung der individuellen Wirtschaft bindende Zusicherungen gemacht haben soll. ...

Annahme des sozialdemokratischen Antrages zur Förderung des Kleinwohnungsbau. Im Wohnungsausschuß des Reichstags wurde bei der vorigen Nummer des „Grundstein“ mitgeteilt, daß die Reichsregierung erst, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit den Kleinwohnungsbau im Sinne der Reichsregierung beschlossenen Richtlinien zu fördern und hierfür Hauszinssteuererleichterungen im Laufe des Jahres 1930 ergab. Die Länder und Gemeinden, die für den Wohnungsbau bestimmte Hauszinssteuererleichterungen verwenden, sollen angewiesen werden, diese Mittel wieder dem Kleinwohnungsbau zuzuführen.

**Wie stehen wir zur Rationalisierung?**

Rationalisierung gibt es seit jeher. Der Beginn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist lediglich zugleich auch der Beginn der Rationalisierung in dem Sinne, wie wir sie heute begrifflich auffassen; Rationalisierung durch technische und organisatorische Verbesserungen des Produktionsprozesses. Die Durchführung jedweder Verbesserung des Produktionsprozesses war stets begleitet von wirtschaftlichen Nachteilen für die Arbeiterschaft. Solange es Rationalisierung in der kapitalistischen Wirtschaft gibt, so lange werden sich die Arbeiter die Frage stellen: Können wir uns dagegen wehren? Müssten wir uns dagegen wehren? Und wie und womit könnte das geschehen? Solche Fragen sind schon tausend- und aber tausendfach beantwortet worden; hundertfach richtig, hundertfach falsch. Dabei ist man sich einig, daß die Technik und Organisation etwas Naturwuchsiges in sich haben, was sich mit Naturnotwendigkeit durchsetzt. Und wenn man zurückblickt, kann man sagen, daß alle Menschen entsprechend der Klassenschichtung der kapitalistischen Wirtschaft mehr oder weniger Vorteil von einer durchgeführten Rationalisierung haben. ...

Was ist das zu tun? Wir wissen, daß in jeder Phase der Rationalisierung in der kapitalistischen Wirtschaft von der Arbeiterschaft — dazu gehören alle Lohn- und Gehaltsempfänger — unerhörte Opfer gefordert werden. Die sozialistisch geleitete Wirtschaft wird keine Privat- und keine Profitinteressen kennen. In ihr wird Rationalisieren von Vorteil für das ganze Volk sein. ...

Im Baugewerbe wird die Frage der Rationalisierung eine besondere Rolle spielen. Die Baukosten nehmen in den staatlichen wie auch in den Familienhaushalten einen breiten Raum ein. Nicht übersehen kann werden, daß im Baugewerbe die Maschine erst begonnen hat eine Rolle zu spielen. Wenn wir mit diesem Problem wirtschaftlich fertig werden wollen, dann ist Voraussetzung, daß wir es zunächst geistig beherrschen. ...

**Eine „Gewerkschaft“ im Braunen Haus gelandet.**

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, in dessen Mitglieder- und Führerreiben eine starke Strömung besteht, sich mit Hitler zu verbinden, hat die erste Etappe seines Zieles erreicht. Das Verwaltungsmittglied dieses Verbandes, Max Habermann, der in der „Deutschen Handelsmacht“ durch Aufträge die Ausgabe über das Thema „Arbeiter oder Hitler“ anregte, zieht nun, nachdem er und anderer Führer des DHDV, mit Hitler über Gewerkschaftsfragen gesprochen haben, den Schlußschritt unter die Aufschrift. Der entscheidende Abschnitt, der sich mit der Haltung der Hitler-Partei in den Gewerkschaften befaßt, lautet nach Mitteilung des dem DHDV nachstehenden gewerkschafts- und politischen Zeitungsdienstes folgendermaßen: „Bei den Nationalsozialisten liebt man eine kräftigere Ausprägung als die sorgfältig geduldeten Zentrumsäußerungen. ...“

Dazu bemerkt der gewerkschafts-politische Zeitungsdienst: „Diese Erklärungen Hitlers über die Haltung zu den sozial- und gewerkschaftspolitischen Notwendigkeiten sind eindeutig, daß damit die Haltung der Partei zu den Gewerkschaften ein für allemal geklärt ist. — Diese Bemerkung ist sehr naiver Art. Was Hitler, der DHDV-Führer eigentlich gesagt hat, wird nicht mitgeteilt. Aus den Mitteilungen ist lediglich zu entnehmen, daß der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband bei Hitler ge-

landet ist. Für den, der die Dinge kennt, ist auch dies keine Überraschung. Es liegt durchaus in der natürlichen Linie, die beispielsweise von einem so gewichtigen Blatte der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung, wie es „Der Deutsche“ ist, schon längst vertreten wird. „Der Deutsche“ hat zwar jene bekannten drei Fragen an Hitler gerichtet, die entweder gar nicht oder abgemildert umschrieben beantwortet worden sind; aber nichtsdestoweniger ist nicht nur zwischen den Zeilen des „Deutschen“, sondern auch ausgedehntenmaßen sehr oft für ein Gewerkschaftsblatt sehr bedauerliches Entgegenkommen Hitler gegenüber festzustellen. ...

**Dannem es?**

Bestimmt nicht bei allen. Aber bei einigen scheint es manchmal wenigstens so. So bei der „Groß-Berliner Bau-Zeitung“. Zwar ist auch hier nicht etwa eine höhere soziale Einsicht gekommen; im Gegenteil, auch sie will — eine Selbstverständlichkeit für ein Unternehmer-Organ! — Lohnabbau. Keinem Geringeren als dem Reichsverband der Deutschen Industrie macht sie den Vorwurf, daß er „es nicht einmal fertiggebracht hat, die übermäßig hohen Bauarbeiterlöhne zu senken“. ...

Bestimmt nicht bei allen. Aber bei einigen scheint es manchmal wenigstens so. So bei der „Groß-Berliner Bau-Zeitung“. Zwar ist auch hier nicht etwa eine höhere soziale Einsicht gekommen; im Gegenteil, auch sie will — eine Selbstverständlichkeit für ein Unternehmer-Organ! — Lohnabbau. Keinem Geringeren als dem Reichsverband der Deutschen Industrie macht sie den Vorwurf, daß er „es nicht einmal fertiggebracht hat, die übermäßig hohen Bauarbeiterlöhne zu senken“. ...

**Wie lebt der Arbeiter in Sowjet-Rußland?**

Diese Frage kann man sich selber beantworten, wenn man die Literatur über das kommunistische Rußland liest. Aber den meisten Menschen berichtet der Sonderkorrespondent Günther Klein im „Berliner Tageblatt“ Nr. 363, vom 29. November. Klein macht eine Europareise; zurzeit ist er in Rußland. Das Nachfolgende ist seinem Bericht aus Moskau entnommen, datiert vom Mitte November. Die Genossenschaftsläden verkaufen den allergrößten Teil der Bevölkerung. In ihren Läden, in denen natürlich nur beschränkte, aber im allgemeinen ausreichende Mengen gekauft werden können, kosten zurzeit:

1 kg Roggenbrot	7 1/2 Ropel.	1 kg Schmelzbutter	3,20 Rub.
1 kg Weizenbrot	15 "	1 kg Seifebutter	4,10 "
1 kg Buchweizen	18 "	1 kg Senf	65 Ropel.
1 kg Reis	38 1/2 "	1 kg Zucker	58 "
1 kg Roteifein	7 "	100 g Salz	96 "
1 kg Pfeffer Rogh	20 "	1 Palle Käse	2,10 "
400 g Gemüsesenfcru	36 "	1 P. Nusschokolade	51 "
1 kg Rindfleisch	1 Rubel	1 P. Frauenzimmerpfe 51	
1 kg Schweinefleisch	1,35 Rubel	1 P. Schokolade	1,72 Rub.
10 Kilo Eier	9,35 Ropel.	1 Paar gute Eier	22,65 "
1 Liter Vollmilch	30 "	1 Paar Frauenhüte	10,45 "

Was bedeuten diese Preise? Ein Rubel kostet nach russischem Zwangskurs 2,16 M. Die Preise sind also in Mark und Pfennigen ausgedrückt doppelt so hoch als in Rubel und Kopeken. Aber das sagt wenig, es kommt auf die Einkommenshöhe an. In der Industrie ist zurzeit das durchschnittliche Tageseinkommen um ein Viertel höher als 1927/28, nämlich 1046 Rubel; im Durchschnittslohn 1200 Rubel; im Erziehungsweisen (Lehrer ufm.) 982 Rubel. Der nichtanwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellte hat im Durchschnitt heute 84 Rubel im Monat. Die verhältnismäßig wenigen Spitzenbediensteten der Hochqualifizierten von 300 Rubel (mehr darf ein Mitglied der kommunistischen Partei nicht für sich behalten), von 400, 500 Rubel und mehr spielen eine so geringe Rolle, daß sie diese Durchschnittszifferen kaum beeinflussen. Mit 84 Rubel Monatslohn sind die obensehenden Preise also zu vergleichen. Jeder Leser kann sich selbst ein Bild machen, wenn er nach folgendes berücksichtigt: Die Preise für den „Normalwohntraum“ von 11 Quadratmetern je Person beträgt im Monat nur etwa 4 bis 6 Rubel, oft weniger, für





# Unterhaltung und Wissen



## Die Ritter vom Zwiel.

Im Verlage „Der Wägetreter“ G. m. b. H. Berlin 1931 ist jenen ein neues Buch von Oskar Wägetreter, dem Verfasser des Schelmenromans „Der Balbamus und seine Freunde“, erschienen, der geschichtliche Roman „San Jus“ — „Der letzte Tag“ (Preis 4,50 Mk.). Darin wird durch ein Wägetreter'sches Phantasie ein Stück aus dem Mittelalter gezeichnet. Das ihm beim Verlesen in dem Geist der Vergangenheit nicht der Name des „Balbamus“ vermag, ist, bezogen die nachfolgende lustige Charakteristik eines feinsinnigen Ritterpunks:

Mit den Rittern vom Zwiel, über die ganz Konstanz lacht, hat es eine eigene Bewandnis. Es sind gar keine Ritter, sondern Pfleger, Virtuosenhändler, kleine Gewürzkrämer, Anknüpfte, die an irgendeiner Handlung in den Gemälden hocken, Winkelschneider, Schustersknechte, Pastetenbäcker, Rindelmacher, Ländler, Eßgärtenputzer, Hüftener und Verleger von Gelehrter, sogenannte Wanzenkinder. Nur Sündenbögen sind keine dabei. Kleine Leute sind es, die brav ihrem kleinen Brostant dienen, die aber am gewöhnlichen Tageslohn kein Genüge finden, sondern sich zu Höherem berufen fühlen. Jahnlose Händlein sind es, die hoch behaupten möchten über ihr vorzügliches Geschick. Knechte, die sich beraufen an der Vorstellung der Herrengewalt. Sie atmen Gottesluft, wenn ein Adliger sie mit dem Ferkel streift. Die Augen gehen ihnen über, wenn sie ein schöngemaltes Ritterwappen sehen: einen halben Hahnenkopf, eines Schweines Keule, einen geschwänzten Stern, einen Dreieckel, einen schnappenden Wolfskiefer, ein Pauzenauge, eine steifstänglige Lilie, einen Schwanzhals, eine silberne Leiter. Die Holze, den armen Hund verachsende Ritterschaft und deren vornehmtes Leben hat es diesen kleinen Leuten angetan. Nun haben sie, um sich selber zu erheben, einen eigenen Ritterschlag gegründet, kommen einmal im Monat zusammen zur Tafel und zum festlichen Zutrink und süßen sich selig und über das gewöhnliche Erdengemisch erhaben im Gebrauch und in der Nachschaffung wirklicher Ritterschaft. Turniere kennen sie zwar nicht; dafür gibt es in den Aufgesprächen hier und da ein plumpe Lanzenbrechen. Ein Lohenkopf steht bei ihrem Gelage in der Mitte des Tisches; ein Lohenkopf, um den vier gemalte Kerzen brennen. Flüchen und unfeine Reden führen ist angelehnt dieses geliebten Schädels verboten; aber erlaubt ist, diesem Sinnbild der Vergänglichkeit in die gelben Zähne hinein jeden Lumpen auf einen Zug bis zur Nagelspitze zu leeren. Je größer Burgel und Schlauch, desto größer die Ehre der Ritterschaft. Die Frauen der Zwieler werden die Burgfrauen genannt, ihre Köpfe die Burgfrauenköpfe, ihre Schöne feils Junker, feils Knappen, Komma Käse, so sind das nicht gewöhnliche Käse, wie sie jede Herberge hat, Straßenswanderer, mit Käufen im Bart, sondern es sind fromme Pilger aus heiligem Land, mögen sie gleich an der nächsten Schmirerecke wohnen. Die Ritter vom Zwiel halten auf seine Lebensart und auf höfliches, wehmännliches Benehmen. Da gibt es ehrene Sägung und Regel. Nicht jeder darf sich niederlegen am Tisch, wie er will, nein, so fährt nur eine Bauernfrau an den Trog. Ein Zwieler Ritter aber, der weiß was sich schickt, nimmt keinen Stuhl, ohne den Sündenstiftenden zu fragen: „Chrenreifer und getreuer Ritter, hochzuverehrende Herr der Ritterschaft, ist es deinem Knecht und feilsbürgerlicher erlaubt, daß er in deine Burg einreiste?“ Und erst, wenn daraufhin der Herr Käsehändler gnädig mit seinem Ritterkopf nickt, ist es dem nicht minder ehrekräftigen, tugendhaften Anfrager gestattet, sich auf den geschäftigen Stuhl der Ritterschaft zu setzen. Die Ritter vom Zwiel leben nicht des stillen Gusses allein, nein, sie dienen auf ihre zwielische Art auch den schönen Künsten und der Wissenschaft. Jeder nämlich, der in ihren Kreis will, hat, eh ihm der Ritterschlag erteilt und die wippende Feder aufs Haupt gesetzt wird, eine Antrittsrede zu halten. Das Thema ist, damit keiner der Ritter dem andern etwas voraus habe, jedesmal das gleiche. Alle Zwoonobersitz, die die Ritterschaft vom Zwiel zu ihren Mitglieder zählt, haben gesprochen über den Fragebogen: „Anwiefern ist des Menschen Leben ein breiter Weg zu vergnügen?“ Bei Osk, ein tiefgründiger, inhaltsreicher Satz, bei dessen Ausbeugung gar mächtiglich die Schädler rauchen! In diesen Lehrgesprächen hat den Vogel abgeholfen Huldreich Wägetreter, der kleine feils- und rotschäftige Hagenmaler und Adhärenzfeier, der nachdrücklich, mit viel Kraft der Stimme, davor warnte, besagtes menschliches Lichtstimpeli etwa gleichzeitig an beiden Enden anzuzünden, andernfalls dies wohl eine lichtere Flamme, zugleich aber, und das sei das Betrüblige, eine viel rascher Verbrauchung nicht nur des Dochtes, sondern auch des edlen Lebenswachses ergäbe.

Welcher abgegebene Lichtstimpel den Rittern vom Zwiel hermaßen einleuchtete, daß sie Huldreich Wägetreter zum Meister vom Stuhl erkrieten. Eine Wahl, die wohlgefaßt war; denn unter Wägetreter'schen Lampenfreudiger Hand nahmen die Kapitelsabende der Ritter vom Zwiel einen erfreulichen Aufschwung. Auf seinen Anstoß hin tätigen die Zwieler mit der Schloßherrin von Meersburg einen Vertrag, laut welchem sie jeden ersten Freitag im Monat den großen Ritteraal im Schloß zum Umtrunk benützen dürften. (Wegen ein Paußaal von jährlich sechs Gulden, zahlbar jeweils auf Sankt Martin's Abend.) Da kamen denn die Ritter vom Zwiel, harmloslich anstatt, von Konstanz her in einem Schnellboot gefahren, erklimmen unter Verhüllung un-

Erwin Piscator nicht zu verargen, daß er auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft auch ihren Gelegenen Rechnung trug, als er sich zur Finanzierung seiner linientreuen Transparente der Hilfe einer mächtigen Kapitalkraft verscherte. Vertragen sich süßes Bier mit schwerem Jement im Schoße des Schultheiß-Konzerns, so war gewiß nicht einzusehen, warum nicht auch das revolutionäre Theater in Ludwig Kahnenellenbogens Geschäftsbereich hätte einbezogen werden sollen.

Aber so ist das nun mit dem Kapitalismus: ist schon mal ein einseitiger Kapitalist da, so ermahnt ihn die Meute der befechtigeren Wäse der kapitalistischer Konkurrenz. Und da Piscator jetzt aus Ausland zurückkehrt, findet er den Mägen der revolutionären Kunst tödlich am Boden, und es ist aus mit dem Zeittheater der SPD. Wenn aber nicht einmal mehr für revolutionäres Theater die kapitalistischen Gelder reichen, ist die Weltrevolution nicht fern. Wer wollte es der Thal- und Neumann-Zentrale verdenken, daß sie jetzt nicht die Opfer des Systems beweinen, sondern sich in klarer Erkenntnis ihrer proletarischen Pflicht dem Studium der jüngsten Ekkh-Zeiten widmet? Sie hat ihre Pflicht, und wir sind zu leisten, das zu möglichst billigen. Immerhin geben wir dem Volkstrotz zu bedenken: Herr Kahnenellenbogen, der freigelegte Finanzstifter der Piscator'schen Theaterrevolution, ist der Kräfte des Kapitalismus zum Opfer gefallen. Sollte es da nicht die strategische Einschätzung der Situation im Geiste des Marxismus-Leninismus unter Berücksichtigung der sich täglich vermehrenden Zwäckerdienste des Sozialfaschismus für die verfallende Bourgeoisie und unter entschloßener Abhängung aller opportunistischen Abweichungen des Brandstifters mit der trotzkistischen Kinderkrankheiten erfordern, daß die Massen mobilisiert werden zur Abwehr des faschistischen Vorstoßes gegen den Schultheiß-Konzern, die theaterpolitische Kommandohöhe des siegenden Kommunismus? (Aus der „Marxistischen Zeitschrift“)

## Stimmen zum Tag im Rundfunk

Zeichnung von Schleifer.



**Melne Herr! In unsrer Vortragsserie: „Zehn Minuten Republik!“**  
Heißt der Kernpunkt der Materie:  
**Rede ohne Politik!**  
„Hat die Staatsform Widersacher, Kriegt die Republik den Rest...“  
(Hier erhob der Rundfunk-Vorbereiter Unterbrechend ziemlich scharf Protest.)

**Liebe Frau! In unsrer Vortragsserie: „Zehn Minuten Hausmannskost!“**  
Heißt das Thema „Kocht man Bohnensuppe Auf dem Feuer oder auf dem Rost?“  
„Wenn es siedet, würzt man die gesamte Masse durch ein wenig Bruch...“  
(Hier erhob der Gelkontrollebeamte Unterbrechend scharfen Widerspruch.)

**Melne Herr! In unsrer Vortragsserie: „Wasch mich, aber mach den Pelz nicht naß!“**  
Spricht Herr Groener mit besonderer Weihe Von dem nousten Funkzensur-Erlaß.  
„Hier in Deutschland wird es wieder schöner, Wir verwalten neuerdings die Not...“  
(Weiter kam nichts, weil Minister Groener Kurzerhand sich selbst das Wort verbot.)  
Karl Schnog.

## Kanadische Gerichtsbarkeit.

Vor mehreren Jahren hauste ich in Vancouver in der Provinz British-Kolumbien in Kanada. Etwa 20 englische Meilen von der Stadt entfernt fand ich bei einem Engländer Beschäftigung. Diese bestand im Schneiden von Zedernholzstücken, die zum Anfertigen von Dachziegeln verwendet werden. Für eine bestimmte Arbeit wurde 1,5 Dollar Lohn vereinbart. Als ich mir ein hübsches Stämmchen zusammengearbeitet hatte, wollte ich mein Geld haben. Der Mann wachte, wie auch ich, im Walde. Als er ahnte, daß ich meinen Lohn haben wollte, war er niemals anzutreffen. Ich nahm an, daß er mich als unerfahrenen Deutschen betrügen wollte und ging deshalb zum sogenannten „kleinen Gericht“ nach Vancouver. Nachdem mich der Richter angehört hatte, ließ er mich meine Angaben durch einen Fuß auf die Waage besetzen. Darauf übergab er mir einen verschlossenen Brief mit dem Befehl, diesen sofort dem Beklagten zu überbringen. Der Brief enthalte die Ladung für den Termin am anderen Tage. Falls ich den Beklagten nicht anträte, solle ich den Brief an seiner Tür besetzen.

Trotzdem ich die Ladung sachgemäß ausgeführt hatte, war der Engländer nicht zum Termin erschienen. Der Richter verlas die Klageschrift nochmals, ließ mich zur Bekräftigung der Wahrheit wieder die Waage hängen und verurteilte dann den Mann zur Zahlung von 150 Dollar. Sofort wurde mir ein Scheriff zur Verfügung gestellt, der sich mit mir zu dem Schuldner begab. Als dieser auf Anruf des Scheriffs nicht öffnete, schlug dieser ohne weiteres mit einem Holzstück die Tür ein. Der Mann hatte sich in der Stille versteckt, er wurde hervorgeholt und durchsucht. Es fand sich ein Bankbuch an mit über 50 Dollar Guthaben. Das Buch wurde beschlagnahmt und der Schuldner verhaftet.

Als ich am nächsten Tage wieder vor dem Richter erschien, bekam ich die 50 Dollar, die inzwischen von der Bank abgebunden worden waren. Dann eröffnete mir der Richter, daß das von mir beschlagnahmte Holz ebenfalls beschlagnahmt sei und sofort verkauft werde. Der Schuldner bleibe während dieser Zeit in Haft. Wenn der Erlös des Holzes die Schuld nicht decke, werde der Schuldner so lange in Zwangsarbeit behalten, bis ich voll bezahlt sei. Durch die Zwangsarbeit verdient der Schuldner einen Dollar den Tag; ein halber Dollar wird für seine Verpflegung gerechnet, die andere Hälfte bekommt der Gläubiger.

Es ist in diesem Falle nicht zur Zwangsarbeit gekommen. Das Holz brachte soviel ein, daß ich meinen laien verdienten Lohn bekommen konnte. Aber ich lobe mir diese kanadische Gerichtsbarkeit, die prompt und sicher geschäftigen Arbeitern zu ihrem Lohn verhelfen!

Julius Seiffert, Chemnitz.

## Aus der Politik.

Vor einem Tagelokal stand ein hochaufgeschlossener junger Mensch, mit Nagelgehenden geschmückt wie ein Wollensopper mit Herbstblumen und verkaufte eine Broschüre „Warum wurde ich Nationalsozialist?“ — Jedem Vorübergehenden hielt dieser junge Mensch die Broschüre entgegen und brüllte dazu mit starker Stimme: „Warum wurde ich Nationalsozialist?“ Da kam ein Arbeiter vorüber, klopfte ihm freundlich auf die Schulter und sagte: „Na, las man! Das werden sich eines Tages noch viel mehr Leute fragen, mein Junge!“  
Der „Wahre Karob“.

## Examens-Kritik.

Beim Examen demonstriert ein Student die Geburtschilfe.  
Erwartungslos ob seiner klugen Ausführungen schaut er auf den Professor, der sein Urteil in folgenden Worte kleidet:  
„So, junger Freund, jetzt nehmen Sie noch die Geburtszange und schlagen Sie sie dem Vater auf den Kopf, dann haben Sie eine ganze Familie ausgerottet.“

## O du fröhliche ...!

Die Tannenbäume sind schon eingetroffen!  
Froh hoffend singen Kinder abends wieder  
Die alten, auch so schönen Weihnachtslieder —  
Und haben doch vom Feste nichts zu hoffen!

Der, dem es kaum zum Nötigsten will langen,  
Mag nur mit Grauen an das Morgen denken;  
Was kann wohl so ein armer Teufel schenken  
Den Kindern mit den schmalen, blassen Wangen?

Den Kindern, die vor hellen Fenstern frieren  
Und scheuen Auges nach Knecht Ruprecht sehen,  
Sie ohnen, der wird nur zu jenen gehen,  
Die seine Müh' entsprechend honorieren!

Das „Fest der Liebe“ wird zum Fest der Sorgen;  
So mancher muß am Hungertuche nagen  
Und sich am Weihnachtsabend bange fragen:  
„Wird mir der Bekker wohl ein Brot noch borgen?“

Ihr seht, nichts können uns Mysterien frommen,  
Auch ist es zwecklos, ob der Not zu fennen;  
Wir alle müssen immer mehr erkennen:  
Aus eigener Kraft nur kann die Hilfe kommen!  
Max Vollmann.

9. 11.  
71,2  
68,8  
67,4  
66,8  
74,7  
66,9  
82,9  
82,2  
84,2  
88,0  
71,5  
78,0  
67,6  
69,3  
75,1  
70,3  
79,7  
76,6  
77,6  
78,93

### Einheitsfront der Gewerkschaften.

Die Spitzenverbände aller deutschen Gewerkschaften, sowohl der Arbeiter als auch der Angestellten und Beamten, haben in gemeinsamen Besprechungen eine gemeinsame Erklärung beschlossen und der Öffentlichkeit übergeben, in der dem Sonderauschuss zur Begutachtung der Wirtschaftslage Deutschlands in Basel zur Pflicht gemacht wird, die Forderung aus der Erkenntnis zu ziehen, daß die Deutschland auferlegten Reparationsverpflichtungen eine der wesentlichsten Ursachen für die weltwirtschaftlichen Störungen der Nachkriegszeit geworden sind. Die Hauptaufgabe in Basel sei die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens und der Wiederaufbau des internationalen Kredit. Den Reparationslasten, die das Maß der durch den Krieg verursachten Schäden längst überschritten haben, sei damit jede moralische und wirtschaftliche Berechtigung entzogen. Sie seien nur noch ein Semmelbrock der wirtschaftlichen Entwicklung der Welt. Ihre Beseitigung sei dringendes wirtschaftliches und staatsmännliches Gebot.

Ferner wird in dieser gemeinsamen Entschliessung auf die Notwendigkeit der Beruhigung der inneren Lage Deutschlands verwiesen. Die große Verantwortung für diese Beruhigung liegt bei den deutschen Regierungen, die die heimlichen Bürgerkrieg täglich neue Nahrung zuführt. Es seien fast immer die ärmsten Schichten des Volkes, die in diesem sinnlosen Kampfe fallen, es seien Arbeitslose, in deren Herzen das gemeinsame Elend nicht gegenseitigen Kampf, sondern Verständnis füreinander wecken sollte. Dieser volkserziehende Bruderkampf wird scharf verurteilt und die Regierung aufgefordert, ihre ganze Autorität dafür einzusetzen, daß der innerpolitische Kampf ausschließlich mit geistlichen Waffen geführt werde. Zum Schluss heißt es in der Entschliessung:

„Wir wenden uns an alle, die sich in dieser Zeit gegenwärtiger Demagogie und brutaler Dröbungen Verachtungshemdscheit, Mut und Besonnenheit bewahrt haben und fordern von ihnen, mit uns die Front zu stärken für Recht und Freiheit gegen Terror und Gewalt!“

## Streiks u. Lohnbewegungen

**Löcher:** Gesperrt sind: In Crimmitschau die Firma Osinger, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Zeitz die Feingehäufte Gustav Neumann, Gustav Sönke und Wöhme. In Schleswig-Holstein streiken die Ofenheizer.

## Aus dem Fach für das Fach

### Tradition und moderne Bauweisen.

Vor einiger Zeit hielt Dr.-Ingenieur Ludowici, Jockgrim, auf der Tagung „Ziegel und Klinker“ einen interessanten Vortrag über obiges Thema.

Die moderne Bauweise entwickelt sich immer aus der Tradition, und in der Baugeschichte haben die gleichen Ideen stets die Entwicklung vorwärtsgetrieben. Die Tradition ist daher als der Ausdruck der technischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Grundlagen der früheren Epochen zu kennzeichnen. Das Verständnis und die Zusammenarbeit zwischen der Tradition und der modernen Bauweise fehlt unserer Zeit noch. Grundlage jedes ausgereiften Baustils ist die Sachlichkeit, die zu allen Zeiten in der Baugeschichte zu finden ist. Sie bedeutet die Entwicklung einer Bauform aus den Faktoren Mensch, Stoff und Technik. — Beim Bauen wird noch oft die Psychologie der Arbeit und die wirtschaftliche Grundlage zu wenig beachtet. Eine Stadtförmigkeit und die Form ihrer Häuser sind beispielsweise stärker eine Funktion der augenblicklichen Verkehrsbedingung als etwa der Bodenpreise. Um die drei genannten Faktoren richtig berücksichtigen zu können, muß die Fortschrittsfähigkeit erweitert werden oder müssen die Mittel in vernünftigerer Form ausgeben werden als bisher. Mit ihnen sollen moderne Bauformen untersucht, praktische Versuche in kleinem Maßstabe und dann Versuche im großen angefaßt werden. Die modernen Bauaufgaben verlangen die Beherrschung eines umfangreichen Stoffes, wie er selten in einer Hand vereint sein wird. Zusammenarbeit zwischen allen am Bau beteiligten Köpfen ist daher notwendig. Als Beispiel für zweckmäßige Forschung nannte Dr. Ludowici die Leipziger Baumzucht-Gesellschaft.

Erforschen wir die Baugeschichte im Sinne dieser Bemerkungen, so gibt uns das Erfahrungsmaterial Möglichkeiten zur Lösung von Gegenwartsaufgaben. Man kann erkennen, mit welcher Sachlichkeit auch frühere Geschlechter ihre Aufgaben gelöst haben. So finden wir ebenso in vergangener Zeit eine sachliche Romantik, wie wir leider heute sehr oft romantische Sachlichkeit feststellen müssen, das heißt ein Spielen mit neuen Materialien und Möglichkeiten ohne Sinn und zweckmäßige Gestaltung aus den wirtschaftlichen und technischen Grundlagen. Auch für den Stahlblechbau müssen wir die sozialen, wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen kennen, um danach dieses Baurezepten mit Erfolg anwenden zu können. In dem schnellen Umschlag des Baukapitals, den der Stahlblechbau ermöglicht, liegt einer seiner wesentlichsten Vorteile. In einer Zeit, die von der Normung des Mauerwerks zur Normung der übrigen Bauelemente fortschreitet und schließlich in der Typisierung des ganzen Baues endet, wird mit Inreicht eine Einschränkung der Aufgabe des Architekten befürchtet. Im Gegenteil hat die typische Formulierung der modernen Bauaufgaben ihm sein Arbeitsgebiet erweitert. Immer mehr entwickelt sich eine umfassende Kunst des Gestaltens.

## Aus den Baugewerkschaften

**Obbeln.** (Hermann Eichhorn f.) Nun hat der Tod einen erprobten alten Kämpfer aus unserer Reihen gerissen. Hermann Eichhorn, ein echter Sohn des Volkes, kaum 60 Jahre alt, ist nicht mehr. Im Jahre 1896 kam er von Stöckhausen nach Obbeln. Sofort machte er sich an den Aufbau der Organisation. Er gründete mit anderen Kollegen den Ortsverein der Maurer in Obbeln. Maßstab war die Arbeit, erst im Jahre 1904 wurde sie mit einem großen Erfolg gekrönt. Hermann Eichhorn machte aber nicht halt; es hieß auch die Umgebung zu organisieren.

Er ging nach Leinig, Rohwein und Mügeln, wo er ebenfalls Ortsvereine des damaligen Maurerverbandes gründete. Bei Wind und Wetter, bei Regen und Schnee, fast jeden Abend und Sonntag war er mit wenigen anderen Kollegen draußen und organisierte. Und was er damals aufbaute, ließ er auch von keinem Zweifler wieder niederreißen. Er duldete keine Kritik an der Sache. Mit den gewohnheitsmäßigen Mörglern rednete er stets scharf ab. Aber nicht nur in der Werkerschaft war Hermann Eichhorn tätig. Er war Vorstandsmitglied des Ausschusses der Konsumgenossenschaft Obbeln, zu deren Mitgründern er gehörte. Im Unterbezirksvorstand der SPD war er ebenfalls. Im gemeinnützigen Bauverein Obbeln gehörte er zu dessen Aufsichtsrat. — Schon in seiner frühesten Jugend glaubte Hermann Eichhorn, daß der Sozialismus bald kommen müsse. Manche Enttäuschung blieb ihm dabei nicht erspart. Aber nie ließ er den Mut sinken, stets war er mit ganzem Herzen bei der Sache. In seine Baugewerkschaft verlor er Hermann Eichhorn einen treuen Kämpfer und Berater. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten!

**Müllisch.** (Jubilarefeier) Am 28. November ehrten wir 9 Kollegen als Jubilare. Dem wurde die von der Baugewerkschaft eingeholte Urkunde, eine Silbermedaille sowie ein schöner Blumenstrauß überreicht. Kollege Johannes Nowak trug einen gut gelungenen Vorpruch vor. Kollege Tischlerke hielt die Festansprache und erinnerte an die Zeit vor dem Kriege, wo wir mandmal um 2, 3 und 4 Lohnzulage wochenlang haben kämpfen müssen. 34 Jahre besteht unsere Organisation. Von ihrem gesunden Stand legen Zeugnis ab die Jubilare. Der Redner zeigte dann die gegenwärtigen Aufgaben an. — Die Feier nahm einen guten Verlauf; alles war harmonisch und in bester Freundschaft beizammen. Jung und alt hielten bis zum Schluss aus. Möge die Feier sich für den Bund günstig auswirken!

## Vom Bau

**Essen.** (Baukontrolle) Unsere letzte Baukontrolle erstreckte sich über den hiesigen Stadtkreis Essen. Gestrichelt wurden 120 Bau- und Arbeitsstellen. Davon waren 120 Privatbauten, 4 Behördengebäude und 5 Bauten für Erziehungsinstitutionen. Auf diesen Baustellen wurden 1614 Arbeiter beschäftigt gegenüber dem Normalstand in demselben Bereich von 6700 bis 9000. Die große Erwerbslosigkeit nötigt natürlich die Unternehmer dazu aus, um jede Sicherung für Leben und Gesundheit der Bauarbeiter möglichst zu unterlassen. Es konnte festgestellt werden, daß die Baupolizei und die Berufsgenossenschaft selbst bei dieser geringen Bautätigkeit ihrer Kontrollpflicht nicht in vollem Maße genügt haben. In zehn Fällen war nicht genügend Rüstzeug vorhanden. Dies trifft auch auf Wohnungsbauten zu. Auf diesen Baustellen fehlten die Un-

fallverhütungsvorrichtungen. An Unfällen in letzter Zeit stellen wir eine schwere und zwei leichte Verletzungen fest. Zwölf Baustellen wurden von der Berufsgenossenschaft kontrolliert. Die Leitergänge waren in zwei Fällen in schlechtem Zustande; in vier Fällen waren die Bauboden nicht groß genug. Die Verbandskassen fehlten in zwölf Fällen, in 14 Fällen waren sie mangelhaft ausgerüstet. Zwölfmal fehlte in den Baubuden war in sechs Fällen nicht vorhanden. Die Reinigung der Bauboden und Aborte läßt sehr zu wünschen übrig. In einigen Fällen fehlten die Aborte vollständig. Verschiedene Mängel müssen besonders hervorgehoben werden. So hat die bekannte Firma Biemer & Trachte, Dortmund, auf ihrer Baustelle Zeche Solverein keinen Abort. Dieselbe Firma hat auf der Baustelle am Staube in der Baubude auf der Kippe überhaupt keine Heizung. Als Trinkwasser müssen die Bauarbeiter das in der Lokomotive gebrauchte Heizwasser benutzen, sie sollen auch damit ihren Kaffee aufgießen. Koffin, Erdbreden, Hausanschläge sind die Folge. An der ersten genannten Baustelle dieser Firma kommt als kontrollierende Stelle die Bergbaubehörde in Frage. Wie „gut“ kontrolliert wurde, bemerkt der Umstand, daß dort von der Firma Massenberg zwei Aufwärtler in schwindelhafter Höhe auf einem einzigen Gerüst beschäftigt waren. Man merkt die Not der Zeit, die Arbeiter müssen sich von den Unternehmern viel gefallen lassen. Der Baupolizei Essen rufen wir zu: Nehmt die Baustelle am Staube besonders unter die Lupe, damit dort von den Unternehmern auch bei Notstands- und Wohlstandsarbeiten der notwendige Respekt gegenüber Leben und Gesundheit der ihnen anvertrauten Menschen gemehrt wird! Alle in Arbeit stehenden Kollegen werden ermahnt, jeden Fall von Uebertretung der baupolizeilichen Vorschriften der Bauarbeiter-Schutzkommission Essen, Friedrich-Ebert-Str. 67 II, zu melden, damit von dort aus beschleunigte Schritte unternommen werden können!

**Weimar.** (Baukontrolle) Bei der Herbstkontrolle der Bauarbeiter-Schutz-Kommission wurden insgesamt 35 Arbeitsplätze kontrolliert, darunter befinden sich 5 Neubauten, dazu ein öffentlicher Bau, 5 Straßenaufbau und 2 Kanalarbeitsarbeiten. Die restlichen Arbeitsstellen waren Instandhaltungsarbeiten. Insgesamt wurden 4100 Arbeiter aller baugewerblichen Berufsgruppen beschäftigt. Bauanstand wurden 3 Baustellen, die keinen Verbandskassen hatten, an 2 Baustellen fehlten die Aborte. Zwei Aufwärtlerstürme waren sehr mangelhaft. Ein Stangengerüst und 2 Malergestelle waren nicht den Vorschriften entsprechend. In einem Neubau wurde über die Hand gemauert. Alle Mängel wurden abgeklärt. — Im großen und ganzen kann man mit dem Ergebnis der Kontrolle zufrieden sein. Die Arbeiterschaft ist in Arbeiter-Schutzfragen vorlichtiger geworden. Selbst bei der Unternehmerhaftung dringt die Erkenntnis, daß vorbeugende Schutzmaßnahmen der beste Unfallchutz sind, immer mehr durch. Es gibt allerdings noch Ausreißer, denen wir Mängel und Verstöße nicht oft genug vor Augen führen können, damit Abhilfe geschaffen wird.

## Politische Zeitnotizen

**Gegen Faschismus und Sozialreaktion!** Die Reichstagsfraktion und der Parlausschuss der SPD. eröfferten am 1. Dezember die politische Lage. Breitscheid berichtete. Die Aussprache führte zu völlig einmütiger Auffassung darüber, daß die Sozialdemokraten den Kampf gegen Faschismus und Sozialreaktion mit dem Einsatz aller politischen und organisatorischen Kräfte führen werden. Für die weitere Arbeit der Fraktion wurden einstimmig gebilligte Richtlinien aufgestellt, in denen von der Reichsregierung gefordert wird, daß auch sie endlich in Klarheit und Zielbewußtsein den Kampf zum Schutze der Verfassung aufnehmen und ihn allen ihren Organen zur obersten Pflicht macht. Die Politik der sozialdemokratischen Fraktion dient der Aufrechterhaltung der Demokratie und der sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft. Der Erfolg dieser Politik würde in Frage gestellt, wenn eine unentschiedene Faltung der Reichsregierung Gefahren für die Aufrechterhaltung der Verfassung vergrößert und ihre Bekämpfung erschwert. Die Sozialdemokratie fordert von der Reichsregierung Durchführung ihres immer wieder angekündigten Vorgehens gegen die überhöhten monopolistischen Preise, Abbau von Hochzuschüssen für Lebensmittel und Vorprodukte der verarbeitenden Industrie, Beseitigung der Preisbindungen der zweiten Hand, Abschaffung der Kartellpreise, vollständige Überwindung der monopolistischen Preispolitik durch ein Kartellamt und Auflockerung der erlassenen Preise. — Im enghen Einvernehmen mit den Gewerkschaften lehnt die sozialdemokratische Fraktion neue Lohn- und Gehaltsfestsetzungen ab. Sie fordert von der Regierung die Erfüllung ihrer Zusagen, das kollektive Arbeitsrecht unangefastet zu lassen und die Durchhaltung des Beschlusses des Reichstages, der die Aufrechterhaltung des Tarifrechts fordert. Solange die Krise andauert, bleibt die Versorgung ihrer Opfer die erste soziale Pflicht. Deshalb dürfen neue Sanierungsmaßnahmen nicht zu weiterem sozialem Abbau führen. Das Reich muß besondere Maßnahmen treffen, um den notleidenden Landesversicherungsanstalten, insbesondere der Invalidenversicherung die Erfüllung ihrer Aufgaben zu ermöglichen. Die zünftige Versorgung der Arbeitslosen und Rentempfänger mit Kohlen, Fleisch und Kartoffeln müsse unverzüglich durchgeführt werden. Um ihren Kampf erfolgreich führen

zu können, bedarf die sozialdemokratische Reichstagsfraktion der Unterstützung aller Arbeiterorganisationen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der Parlausschuss erteilen der Partei- und Fraktionsleitung Handlungsfreiheit im Sinne der Leitlinie.

**Zweimal Groener.** Der Reichswehr-Innenminister hat sich am 30. November zweimal vernommen lassen. Morgens in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, abends in „Rundfunk“, gegen Passifien, die etwas gegen die Reichswehr einzuwenden hatten; abends predigte Groener gegen die „Träumer, die die Wirklichkeit verkennen“ und gegen ihre „verrückten Ideen terroristischer Regierungsmethoden“. Viele will Groener mit geistigen und moralischen Mitteln bekämpfen. Die „Träumer“ nannte er nicht mit Namen, die Terroristen will er mit geistigen Mitteln bekämpfen. Aber die mit Waffen des Bestes kämpfenden Passifien will er mit dem Besch, mit dem Kerker, mit Zuschussparagrafen bekämpfen. Dieser Janus-Groener entspricht durchaus dem Geist der heutigen Reichsregierung. Von den anderen Männern der Reichsregierung läßt Groener nur insofern ab, als er, der Minister eines Reiches mit republikanischer Staatsform, das Wort „Deutsche Republik“ auszusprechen sich schon trüßelt, daß die Preise in Deutschland solche Selbstverständlichkeiten mit Fremden heroorbricht. Tatsächlich hört man solche Bekennnisworte von Ministern nicht allzuoft. Für die Reichsregierung und jeden einzelnen ihrer Männer gilt typisch der Querschnitt der Groenerischen Faltung zwischen morgens und abends. Noch etwas anderes ist nicht nur typisch, sondern für Deutschland von großer Gefahr. Immer noch glaubt die Reichsregierung, die nationalsozialistische Gefahr durch Weideln mit dem Palmzweig beseitigen zu können. Deshalb nennt Groener, der frühere General, der sonst weiß, wie man Rebellen behandelt, keine Namen. Dabei hätte er, wenn seine Rede einen Zweck haben sollte, die Terroristen, in erster Linie die Nationalsozialisten, auch mit Namen nennen müssen. Weideln ist aus als aus wenn Groener sich durch seine Abendpredigt einen guten Platz in der Reichsregierung möchte. Bei Groener will der des Ministers Groener kann sich jedoch, besonders der Unliegsame, denken was er will, nicht was der Redner meint. Der Nazi denkt, mit den Träumern seien die Kommunisten gemeint und gegen sie, nur gegen sie, will Groener die Mittel der Staatsgewalt einsetzen. Was ja bisher auch der Fall war. Alle anderen, in „bürgerlichen“ Gedankengängen Wandelnden, denken genau so. Aus keiner Stelle der Rede Groeners kann ein positiver Erfolg staatspolitischer Erziehung erwartet werden. Zurzeit droht dem Staat nur von den Nazis Gefahr. Das hätte offen und deutlich ausgesprochen werden müssen! Man muß die Gefahrenquellen aufzeigen, muß deutlich sagen, wer gemeint ist, damit die, die gemeint sind, auch wissen, was ihnen blühen soll. Wenn das nicht geschieht, spare man sich die Reden.

## Faschismus droht!

Wehre dich gegen politische, wirtschaftliche und soziale Knechtung

**Stärke die Gewerkschaften  
Werde Sozialdemokrat  
Stütze das Reichsbanner  
Wirb für die sozialdemokratische Presse!**

Hilfer will Bürgerkrieg in Deutschland und Krieg mit Frankreich. Der Nazi-Abgeordnete Georg Straßer, der nach seiner Stellung innerhalb der NSDAP nicht Hilfer als Interpret der Absichten seiner Partei angesehen werden muß, hat sich in einer Versammlung in Stuttgart in einer Weise geäußert, die alles Geröde von

Legalität als Verlogenheit charakterisiert: Wir gehen in keine Regierung, wenn wir nicht das Heer und die Polizei in unsere Hände bekommen. Dann wollen wir dem deutschen Volke einmal etwas vorerzählen. Wir wollen die legale, aber die Bruchialgewalt im Staat, deshalb, weil wir für die nächsten Jahre sehr unpopuläre Dinge machen müssen. Wir nicht gehorcht, wird leben, was mit ihm geschieht. Wir werden die stärksten Beschützer des Privateigentums sein und möglichst wenig in die Wirtschaft hineinzuweisen, sondern jeden Unternehmer frei handeln lassen, der nicht gegen das allgemeine Interesse verstößt. Wir wollen nicht mehr. Wir werden ihnen einige Zeit zum Umlernen lassen. Wer sich zu irgendeiner Internationalen bekennt, hört auf, Deutscher zu sein, und wer etwa „Hell Moskauer“ rufen sollte, wird aufgehängt. Komme uns ja keiner, wenn wir die Macht haben, mit Mitleid. Wenn wir regieren, kommt der Enkempfung; wenn wir verfallen, kommt der Volkswind. Das wissen wir. Und weil wir wissen, daß dann wir gehakt werden, sind wir so frei, vorher zu henken; und wenn wir bis an die Knöchel im Blut stehen müssen, um Deutschlands willen, so haben wir es haben wollen. Entweder leben und befehlen wir oder die anderen, dann krepieren wir. — Wenn Frankreichs Macht wankt, werden wir die deutsche Volksherrschaft zu helfen. Eine Verteidigung mit Frankreich ist Wahnsinn. Es nur Krieg mit Frankreich. — Solche Ergüsse bluttraumatischer Gehirne, dürfen heute in Deutschland unbedenklich verappt werden. Strafer ist einer von jenen, die Groener „Träumer“ nennt. Soll das so weitergehen?

**Großmuller Hiltner.** Hiltner empfing im Hotel „Kaiserhof“ in Berlin eine Anzahl ausgeladeter ausländischer Korrespondenten. Er tat so, als wenn er schon in der aller-nächsten Zeit die Regierung übernehmen würde. Der Empfang hat einiges berechtigtes Aufsehen erregt und besonders im Ausland die Frage aufgeworfen, ob wir in Deutschland schon eine neue oder eine Nebenregierung hätten. Hiltner hat natürlich, wie es seine Art ist, schauerlich aufgeschrien. Jedenfalls Hiltner selbst, Brüning schweigt, wo der Kanzler doch gerade jetzt reden müßte. Ein Zufall, wie der selbige ist auf die Dauer untragbar. Es ist unbedingt notwendig, daß aus dem Hause Vis-à-vis des „Kaiserhofs“, aus dem Reichskanzlerpalais, endlich einmal eine energiegelbe Sprache der Abwehr vernommen wird. In seiner Rundfunkrede am 6. Dezember hat Groener ganz leise angedeutet, daß die Regierung gegen den Terror einschreiten werde und daß man von ihren Maßnahmen bald etwas merken werde. — Anlässlich des Empfanges der ausländischen Presse durch Hiltner macht der „Vorwärts“, das sozialdemokratische Zentralorgan, unter der Überschrift „Brüning, mehr die folgende bemerkenswerte Ausführungen: Man hat Hiltner gefragt, wann er gnädigst mit seiner Regierung beginnen will, und er hat darauf geantwortet: „Ich weiß es nicht, weiß ich schon in diesem Monat, vielleicht auch erst (!) in fünf bis zehn Monaten.“ Noch immer daselbe Großmuller wie damals im Bürgerbräukeller, wenn er auch jetzt im Kaiserhof nicht mehr in die Decke schiefelt! Woher diese lächerliche Zuerstfüt? Einstweilen hat der Reichstag eine Zweidrittelmehrheit gegen ihn, wie will er da im Reich an die Regierung kommen, wenn er „legat“ bleiben will? Und legat muß er bleiben, denn wird er illegal, so gibt es Sengal! — Meine Herren Diplomaten, Korrespondenten der Weltpresse usw., wenn der Reichskanzler schweigt, vernehmen Sie die Stimme der deutschen Arbeiterklasse: Adolf Hiltner, dieser großmühtige Dummkopf, wird weder in diesem Monat, noch im nächsten Monat, noch in fünf, noch in zehn Monaten die Macht im Reich annehmen. Der deutsche Faschismus, der den Namen Deutschlands in aller Welt schändet, wird sich Ziel nicht erreichen. Deutschland wird nicht dorthin hinabsinken, wo Italien ist. Aber wenn Sie den Arbeitern helfen wollen, Deutschland vor diesem Schicksal zu bewahren, dann hören Sie die Stimme der Werkerschaften und helfen Sie, daß Deutschland in der Welt Gerechtigkeit wird! Die deutschen Arbeiter fordern von der verantwortlichen Reichsregierung, daß sie zur Verteidigung der Republik ihre Pflicht tut. Sie begreifen die Pflicht des führenden Mannes nicht, sie rufen „Brüning, mehr die!“ Aber mag er das tun oder nicht, sie werden sich wehren! Sie, die sich in dieser Zeit gewissenloser Demagogie und brutaler Verdrehungen Verantwortungsüberwälzung, Mut und Besonnenheit bewahrt haben, sie sind in Bewegung, sie marschieren, sie stärken die Front für Recht und Freiheit, gegen Terror und Gewalt!

Das Leben unter der SA-Diktatur. Die bei heftigen Nationalsozialisten beschlagnahmten Dokumente haben sehr deutlich gezeigt, wie die Nazis alles zur Machtübernahme organisiert haben. Die auf der Vorheimer Zusammenkunft beschlossenen Richtlinien für die ersten Novemberordnungen nach der Machtübernahme lassen in erschreckender Weise einen Einblick zu, was das Volk bei einer Reichsdiktatur zu erwarten hätte. Die Greuel der russischen Tscheka verblissen demgegenüber. Auch der geringste Widerstand oder die Nichtbefolgung einer Anordnung soll mit dem Tode bestraft werden. Die Richtlinien sehen nicht nur die Lebensnahme der politischen Macht vor, sie regeln auch im einzelnen die Produktion, die Ernährung usw. Nach Lebensnahme der Macht sollen alle Lebensmittel unentgeltlich beschlagnahmt werden. Jeder Verkauf oder Tausch von Lebensmitteln ist verboten. Die Volksernährung ist zur Zufriedenheit von Lebensmitteln, die nur gegen Kartes abgegeben werden. Als Nahrungsmittel kommen nach der Verordnung in Betracht: Brot, Kartoffeln, Fleisch, Butter, Erbsen und Bohnen. Als Leguminosen für einen Erwachsenen sind arbeitenden Menschen ist folgende Menge anzuordnen: 1 Pfund Brot, 2 Pfund Kartoffeln, 1/2 Pfund Fleisch und 100 Gramm Butter oder Fett. Für 100 Personen wurden errechnet: 1 Zentner Brot, 2 Zentner Kartoffeln, 10 Kilogramm Butter, 25 Kilogramm Fleisch oder Wurst, 25 Kilogramm Bohnen und Erbsen. Solche Zuteilungen unterschreiten noch die Hungerrationen, mit denen das deutsche Volk im Krieg und in der Inflation auskommen mußte. Wenn man daneben noch berücksichtigt, daß nach der „nationalen Arbeitsdienstpflicht“ jeder Deutsche männlichen und weiblichen Geschlechts vom 18. Lebensjahr ab zur Zwangsarbeit verpflichtet sein soll, so kann man sich ungefähr einen Begriff machen, wie sich das Leben im Zukunftsstaat der Nazis abspielen wird. Das Wachstum der Volksbewegung bemerkt, daß die Propheten einer solchen Hungerdiktatur noch Anhänger finden. Die SA-Diktatur wäre der Untergang jeder Freiheit. Es wäre ein Hiltner-

dasein von nie gekannter Grausamkeit. Deshalb härtester Kampf gegen diese Volkserbieder!

Das „Arbeits Reich“ der Weissen. Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete, Oberpostsekretär Jankowsky, sagte in einer Verammlung in Esslingen (Waden): „Kein Blutvergießen gibt es für solche, die mit Drecheln, Drecheln, Schwelmegelei usw. inkulturiert werden. Nein, diese lassen wir baumeln. Es sollen ihnen nur die Jungen herabhängen, und die Stricke müssen dick und stark sein, daß sie zum abschreckenden Beispiel auf lange Zeit hängen bleiben — die Körper sollen nicht verfaulen, sondern ausdörren. Die Arbeitslosigkeit wird abgeschafft durch den Zwangsdienst der jungen Leute in schmucker Uniform mit freier Kost und Wohnung und 30  $\text{M}$  Geld je Tag. Die Arbeitsholonnen bauen u. a. Straßen, die spiegelblank sein müssen, auch die Waldwege und die Feldwege, damit der Bauer mit seinem Ochsenpflug auch seine Freude am Driften Reich hat. Nach einigen Jahren Zwangsdienst kommen die Arbeiter zur regulären Wehrmacht.“ Dieser Bericht eines immer noch beamteten Demagogen ist dem Zentrumsorgan des badiischen Zentrums, dem „Badischen Beobachter“ Nr. 330 vom 1. Dezember, entnommen. — Die Reichsregierung schläft weiter und Groener nennt diese „Menschen-Träumer.“

**Die Beiträge sind das Fundament unseres Bundes!**

Für die Woche vom 6. bis 12. Dezember ist der 50. Bundesbeitrag für 1931 zu zahlen.

Der Terror wütet weiter. Die Zeitschrift „Deutsches Landvolk“ erhielt aus dem Münchener „Braunen Haus“, gezeichnet Walter Darré, dessen Name in Verbindung mit den heftigsten Dokumenten genannt worden ist, eine Zuschrift, in der er die Funktionäre darauf aufmerksam macht, daß die (der Reaktor des „Landvolk“) die Zustimmung für ihr Verhalten schon bekommen werden, und wenn Sie so weitermachen, im Dritten Reich auswandern können.“ — Auch in Ostin und an anderen Orten wütet der Nazi-Terror weiter. — Der bayerische „Kurier“ teil mit, daß das Angolstädter Hiltnerblatt die Köpfe der Personen im Markt flecken Pföring mit Namen nennt, die zuerst rollen sollen. Der Terror ist also verfrachtet worden. Die Reichsregierung aber sieht unfähig zu.

Wels warnt Brüning. In einer Massenversammlung in Stuttgart aus Anlaß der württembergischen Gemeindevahlen kennzeichnete Otto Wels die politische Situation. Die Proklamation des Terrors durch die Beauftragten Adolf Hiltner in Hessen habe den von dem Führer und seinen Trabanten bisher betriebenen Legalitätsschwindel entlarvt. In einem demokratischen Staat sei es die Pflicht der Regierung, im Kampf gegen die Verletzung des Staates die Führung zu ergreifen. „Das fordern wir von ihr. Es sieht das nicht, so richten wir uns selbst auf den Entscheidungskampf ein. Es ist ein altes, gutes, deutsches Recht, sich selbst zu wehren, wenn man angegriffen wird. Davon werden wir dann Gebrauch machen. Die Sozialdemokratie habe auf Grund des Ausfalls der Wahl vom 14. September nicht bestritten, daß von dem Notverordnungsrecht Gebrauch gemacht werden müsse. Wenn aber Brüning eine Notverordnung vorbereitet, so sei es nötig, auszusprechen, daß für gewisse Dinge die Grenze jetzt erreicht sei. Jede Wilschuld nachmaliger Lohnkürzungen werde auf ungenügender Weise überhand flößen. Wir werden Brüning dann fragen, mit was er reagieren will. Für die Auseinandersetzung appellieren wir an die Treue des ganzen arbeitenden Volkes in Deutschland und rufen es auf, im Kampf auf unserer Seite zu stehen.“

„Herr Reichskanzler Brüning! Hier sind Tausende und aber Tausende Menschen, willens, Mut und Leben hinzugeben, wenn es gilt, die deutsche Republik gegenüber allen nationalsozialistischen Sorden zu verteidigen. Herr Reichskanzler Brüning, lassen Sie diese warmen Herzen nicht erkalten. Verfürken Sie in diesen Hirnen den Gedanken des Kampfes für den Staat und lassen Sie in Ihren Regierungsmöglichkeiten erkennen, daß Sie eins sind mit dem Denken und Fühlen dieser Millionen. Es ist die letzte Stunde, Herr Reichskanzler, wir sehen, wie der Faschismus den Arm nach unserer Kultur ausstreckt und vernichten will, was uns heilig ist. Wehren Sie ab, Herr Reichskanzler, gebieten Sie Halt! — So sprach auf der großen Kundgebung des Reichsbanners in Berlin der Zentrumsgewählte Kellermann. Ob diese Worte im Reichskanzlerpalais gehört werden? Und wenn: Ob man dort auch entsprechend handelt?“

Frankreichs Reparationsprogramm. Der französische Ministerpräsident Laval berichtigte in der Kammer über die außenpolitischen Fragen. Er gab folgendes Programm der Behandlung der Reparationsfrage bekannt: 1. Frankreich wird für die wirtschaftliche Depressionsperiode ein neues Arrangement annehmen. 2. Frankreich wird eine Verminderung der Reparationen in dem Maße annehmen, in dem die interalliierten Kriegsschulden herabgesetzt werden. 3. Frankreich wird nicht auf den ungeschickten Zeit der Reparationen verzichten. 4. Frankreich wird sich der Forderung entgegenstellen, daß den Privatgläubigern die Priorität vor den Reparationen zukommt. — Ein Vertrauensstimmen für die Regierung Laval fand eine Mehrheit von 75 Stimmen.

Furchtbares Wutbad in Freital. Im Kurort Niederwiesenthal bei Freitalbad in der Tschechoslowakei kam es kürzlich zu blutigen Zusammenstößen, wobei die Gendarmerie in einem Demonstrationzug schuß. Das Ergebnis dieser verantwortungslosen Schießerei waren 4 Tote und 15 Verletzte, zumeist Kleinarbeiter. Unter den Erschlagenen befinden sich zwei Frauen, ein vierzehnjähriges Mädchen und ein Jugendlicher. Obwohl die Demonstration

durch gewissenlose Faschismushetze veranlaßt war, so wüßte dennoch der Brauch, demonstrierende Proleten im Falle abzuhalten, auf die stehenden Behörden ein gleichmäßiges Licht, zumal die diese Geschehnisse hätte vermeiden lassen. Es sieht heute in manchen Staaten so aus, als ob es man auch ohne Faschismus schafflich „regieren“ möchte.

Naive Polizeien-Pflichtereten. Den Geist der neuen Zeit nicht verstehende oder in politischer Auffassung der Vorkriegszeit steckengebliebene höhere Polizeibeamte haben in Berlin eine neue Art erfunden, Republikaner zu pfeifen. Nach Rundgebungen des Reichsbanners und der republikanischen Jugend wurden auf die Republik sowie auf Coervering und dem preussischen Ministerpräsidenten nach Schluß der Verammlung auf der Straße Gehäufte angesetzt. Das nahm ein Polizeimajor zum Anlaß, einige Republikaner zwangszufassen. Mit dem Geist der neuen Zeit ist dieser Beamte so wenig vertraut, daß er nicht einmal sein reaktionäres Unterbewußtsein verdecken kann. Der betreffende Major hat nun keine Gelegenheit mehr, die Berliner zu pfeifen. Er ist nach Gletwisch verfrachtet worden. Wir kondolieren den Gleitwischen.

Landtagspräsidenten Wiffmaack. Der Preussische Landtag wählte den sozialdemokratischen Abg. Wiffmaack zum Landtagspräsidenten.

**Allgemeine Rundschau**

Oskar Wölfcher †. Aus Hamburg erreicht uns die betrübende Kunde, daß Oskar Wölfcher im Alter von 67 Jahren verstorben ist. Oskar Wölfcher stand in unserer Bauarbeiterbewegung in der Verammlung fast in vorderster Reihe. Er war geborener Berliner. Frühzeitig war er tätig in der Bauhilfsarbeiterbewegung. Bereits im Jahre 1900 wurde er vom Zweigverein Berlin des Bauhilfsarbeiter-Verbandes als bester Arbeiter Kassierer eingestellt. In diesem Amte war er tätig bis zur Verheiratung mit dem Maurerverband. Seine besondere Gewandtheit in Kasseeinlagen hatte man längst erkannt, und so wurde Oskar Wölfcher zur Mitarbeit an der Hauptkassa nach Hamburg berufen. Hier wirkte er in Treue und Gewissenhaftigkeit bis zu seiner Pensionierung, von letzterer hat er allerdings nur wenig gehabt. Schon immer in den letzten Jahren seiner Tätigkeit kränkelnd, hat ihn nunmehr der Tod hinweggerafft. Wir verlieren in Oskar Wölfcher einen Kämpfer, der in seiner ihm eigenen stillen Weise an verantwortungsvoller Stelle stets mit Fleiß und Gewissenhaftigkeit seines Amtes waltete. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Zum Gedächtnis Karl Legens. Am 1. Dezember d. J. wäre unser unergiebiger Karl Legen 70 Jahre alt geworden, wenn ihn nicht ein früher Tod am 26. Dezember 1920 abberufen hätte. Zu Ehren des uns so früh Entschienenen waren der Bundesvorstand und die Vertreter der einzelnen Verbände am 1. Dezember am Grabe Legens zu einer Feiernstunde verammelt. Kollege Leipzig legte einen Kranz nieder und sprach herrliche Worte des Gedankens. Dabei erwähnte er auch die gefahrvolle Gegenwart und gelobte unverwundliches Festhalten an dem Lebenswerk Karl Legens. Seine Nebenregierungskräfte, sein nie erlöschender Mut und seine feste Energie mußten in uns fortleben!

Es lebe die „freie Wirtschaft!“ Ausgerechnet im liberalistischen Potsdam, im Neiklar der Hohenzollernpalais, ist man einem Bestechungsband auf die Spur gekommen, dessen Herz in Potsdamer Tiefbauamt ist. Unternehmer und Handwerksmeister zahlten für Aufträge große Bestechungsummen, die natürlich bei der Ausführung der Aufträge wieder herausgeholt wurden. Ein großer Bauunternehmer hat bei einer Steuerreklamation etwa 140 000  $\text{M}$  Bestechungsgelder abgegeben. Im Mittelstück der Affäre stehen Mitglieder der Sanjour-Loge. Auch der verhaftete Stadtbauamtmann gehörte ihr an. Er sorgte dafür, daß die Aufträge auch dann an Logenbrüder vergeben wurden, wenn sie viel höhere Summen als andere Unternehmer forderten. Nicht nur die Stadt Potsdam, sondern auch die Reichs- und Staatsbehörden sind bei den Bestechereien in Mitleidenschaft gezogen. Erst als die Steuerbehörde Anzeige erstattete, kam die Angelegenheit ans Tageslicht. Auch die Potsdamer Schöngilde hatte ihre Partelle. Der Magistrat hat deshalb der Schöngilde die Silbergehänte der Hohenzollernprinzen sowie sämtliche Ehrenpreise gepfändet. Dieser Skandal, der die bittorisch schon muffige Atmosphäre in Potsdam noch mehr verdüstert, wird dafür sorgen, daß Potsdam in der Geschichte nicht aussterben wird.

Kommunisten als Unternehmer. Eine empfindliche Lektion erteilte das Landesarbeitsgericht der russischen Handelsvertretung und ihrem Organ, der „Roten Fahne“. Eine der üblichen Angelegenheiten nach Weigerung, nach Rußland zurückzukehren, fand zur Verhandlung. Das Somjetorgan hatte bereits im April, nach dem ersten Ostertermin die Siegesnachricht verbreitet, „die Handelsvertretung bezahlte keine Lumpen“. Das Landesarbeitsgericht Berlin hat jetzt die Somjetvertreter und die Handelsvertretung darüber belehren müssen, daß sie nicht einmal ihre eigenen Gesetze zum Schutze der Arbeiterschaft anwenden wollen. Maßgeblich für die Entscheidung war das Gutachten des vereidigten Sachverständigen beim Kammergericht, Dr. Freund, das feststellte, daß auf Weigerung der Angefallenen, nach Rußland zurückzukehren, überhaupt nie eine freiwillige Entlassung ausgesprochen werden darf, weil die sowjetrussische Arbeitsrechtsgebung die Entlassung durch den Unternehmer nur in den Fällen kennt, wo nach deutschem Gesetz eine fristlose Entlassung ausgesprochen werden kann. Die geforderte Verweisung nach Rußland erklärte der Sachverständige als eine Unmöglichkeit, weil die Handelsvertretung in Rußland nicht besteht, und mithin nur eine Verweisung zu einem anderen Unternehmer, nämlich dem Handelskommisariat, in Frage käme, die aber das russische Recht nicht zuläßt. Durch einen anderen Paragrafen des russischen Arbeitsgesetzes werde aber bestimmt, daß Angefallene im Auslande bei möglichen Umständen entlassen werden können, allerdings dann nach dem Rechte, das das Land, in dem sich der Verfall abspielte, vorschreibt. Im vorliegenden Falle mußte also nun über den Unweg des russischen Arbeitsrechtes deutsches Arbeitsrecht angewendet werden. Die Handelsvertretung wurde verurteilt, den gesamten Klagenanspruch in Höhe von 3000  $\text{M}$  zu er-

**Kalender 1932**  
 Bundesmitglieder! Fordert jetzt von eurem Bauwerkschaftsvorstand den Bundeskalender! Er erhaltet ihn zum Preise von **50 Pfennig!** Werbt auch unter den Arbeitskollegen Abnehmer! Der Kalender ist ein gutes Nachschlagewerk für die Organisations- und Werbearbeit!

füllen. Trotz des Amentos des Kommunismannpuffs ...

Kommunismus-konsum, genossenschaftliche Tragikombie ...

Keine Fünftagewoche mehr in Anspruch. Durch Erlaß des ...

Kalkulaß. Im Oktober wurden nach Mitteilung des ...

Vertragsgänge für Maurer und Stukkateure. Das ...

Die andere Seite heißt ein Film, der nach einem ...

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Erwerbslosenunterstützung für Mitglieder, die Jugend ...

8 Wochen Unterfertigung geschloß, ganz gleich, ob nach ...

- Gedenktafel verstorbener Mitglieder. Bergen Rügen, Adolf Krüger, Maurer-Polier, 32 J. ...

Bücher u. Schriften

„Indien.“ Von Werner Brodman, Suderoseck Raden und Comp. ...

Was verbindet die Angestellten? Ergebnis der diesjährigen ...

Die Amoralität in der Sozialen und Völkervereinigung. ...

Einheit der Aktion und Parteiführer. Von Bernhard ...

Geld und Geld des Generals Boulanger. Von Dr. Bruno Weiß. ...

Kapitalismus und Sozialismus. Von Edward Selmann. ...

Der Große Sozialismus. Von Bruno Weiß. ...

„Die Arbeiter.“ Von Bruno Weiß. ...

M. Mosberg Realste Bezugsquelle! Neue Gänsefedern von der Gans gerupft, mit Daunen dopp. gereinigt, allerbeste Qualität ...